



AUS DEM INHALT



Gewalt unter Jugendlichen

Seite 2



Die Corona-Pandemie und ihre Folgen

Seite 3



Religiöse Migrantengemeinden und Altenhilfe

Seite 8



Dr. Ümit Koşan: Rückblick auf 2020

Seite 11

Vom Gelingen

Ein Beitrag zur Integration von Gunther Niermann

Chancengleiche Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern und zu unterstützen, ist das Ziel der Migrationsarbeit des Paritätischen auch in Dortmund. Der Fokus der Angebote ist bewusst weit gefasst: sie richten sich an Neuzugewanderte, Flüchtlinge oder Menschen, die seit Generationen in Deutschland und auch in Dortmund leben. So verschieden und individuell die Migrationsgeschichte ist, so ausdifferenziert muss das Leistungsangebot sein. Auch in dieser Ausgabe des „Echo der Vielfalt“ finden sich Hinweise auf die Beratungsangebote, die u.a. niederschwellig und mehrsprachig ausgerichtet sind. So die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) von Planerladen e.V. und Stadtteil-Schule e.V. oder die durch die Stadt Dortmund finanzierte Fachberatung für Migrant*innen-Selbstorganisationen (MSO) des VMDO e.V.. Diese Ankerpunkte für Menschen mit Migrationshintergrund leisten durch die fachlichen Beratungen auch einen wichtigen Beitrag zur gleich-

berechtigten Teilhabe: sie stärken die Rechte von Betroffenen, unterstützen im Alltag und beraten die Menschen als anspruchsberechtigte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Die Vielzahl von Angeboten zu Bildungsförderung, interkultureller Eltern-, Jugend- und Senior*innenarbeit, Aufenthalt und Sozialleistungen oder der Sprachförderung sind aktuell und perspektivisch notwendig. Solange es Zuwanderung gibt – Deutschland ist ein Einwanderungsland und Dortmund profitiert davon – und Chancengerechtigkeit (noch) nicht realisiert ist, braucht es ein breites und ausdifferenziertes Angebot für die hier ankommenden und lebenden Menschen.

Neben der Analyse der besonderen Herausforderungen rund um das Thema Migration, der Ableitung von Maßnahmen und Aktivitäten ist es ebenso notwendig, über die Erfolge der integrativen und inklusiven Stadt Dortmund und seinen Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Es ist in der Zwischenzeit gelungen, die meisten

seit 2014 zu uns gekommenen Flüchtlinge in eigene Wohnungen zu vermitteln, viele haben den Sprung in den Arbeitsmarkt geschafft und sind hier heimisch geworden. Das gilt noch mehr für die hier ehemals zugewanderten Menschen. Dortmund ist von jeher Einwanderungsstadt. Die vergangenen und aktuellen wirtschaftlichen Erfolge sind auch denjenigen zu verdanken, die als Gastarbeiter zu uns gekommen sind. Heute sind sie Nachbar*innen, Kolleg*innen, stehen auf „der Süd“, sind Freund*innen, Mitbürger*innen, Vorgesetzte, Kolleg*innen, Mitarbeitende und Dortmunder*innen. Und sie fühlen sich in vielen Fällen auch so. Auf die Frage: „Wo kommst du her?“ werden viele antworten: „Aus Dortmund!“. Nein, das ist kein „naiver“ Blick auf „die Wirklichkeit“. Denn „die Wirklichkeit“ setzt sich aus vielen Eindrücken, Erfahrungen, Einschätzungen und Fakten zusammen. Und in allen Debatten über eine Zuwanderungsstadt, um die damit verbunden Probleme und Herausforderun-

gen braucht es auch den Blick auf mögliche Lösungen, Erfolge und die Selbstverständlichkeiten: auf das Gelingen! Auf das, was reibungslos läuft, auf Verantwortungsgemeinschaften und Macher*innen. Auf die Dortmunder MSO (allein sechzig sind unter dem Dach des VMDO organisiert), die tagtäglich Integrationsarbeit leisten, in der Regel ehrenamtlich. Die sich als Teil der Stadtgesellschaft verstehen und Verantwortung übernehmen und eigene Ideen verfolgen. Die täglich das Gelingen organisieren, die sich für Chancengleichheit einsetzen und Probleme lösen. Auf das „Haus der Vielfalt“ in der Beuthstraße – ein Begegnungsort für alle Menschen aus der Nachbarschaft und darüber hinaus. Es ist ein Zeichen des Gelingens, dass dieser Artikel im „Echo der Vielfalt“ des VMDO erscheint. Einer Zeitung von Dortmunder und Dortmunderinnen für die Stadtgesellschaft.

Gunther Niermann,
Kreisgruppen Geschäftsführer
des Paritätischen in Dortmund

Integration und Engagement in Dortmund

Bürgerforum „Nord trifft Süd“ trifft sich diesmal virtuell

Auch Corona kann das Bürgerforum „Nord trifft Süd“ nicht vergessen machen, dafür haben die Initiatoren der Auslandsgesellschaft und des Planerladens im November gesorgt. Es war das erste Bürgerforum in diesem Jahr, den Corona-Auflagen folgend fand es diesmal per Videokonferenz statt.

Dortmund bietet Menschen aus fast 180 Nationen ein Zuhause, ihre Vereine und Organisationen prägen das Stadtbild und die Kultur in der gesamten Stadt. Das Bürgerforum bietet den verschiedenen Akteuren eine Bühne in lockerer Atmosphäre um sich zu präsentieren und mit Menschen verschiedenster Herkunft in einen Dialog zu treten.

Unter dem Motto "Integration und Enga-



gement in Dortmund" begrüßte Moderator Kay Bandermann diesmal Andrea Wisotzki vom Italienverein, Leonid Chraga, seines Zeichens Geschäftsführer der Jüdischen

Kultusgemeinde und Ingo Rößler vom Mar-
tiner Forum.

Den Anfang machte Andrea Wisotzki, die durch ihre Liebe zur italienischen Sprache zum Italienverein kam. Der Verein möchte den Menschen die Sprache und die Lebenskultur der Italiener nahe bringen, dazu veranstalten sie über Sprachkurse hinaus auch zahlreiche Events und Exkurse. Normalerweise bietet der Verein auch Stadterkundungen unter italienischer Führung an, Andrea Wisotzki bedauerte, dass diese im Moment nicht stattfinden können. Viele Angebote des Vereins sind nur eingeschränkt möglich, da sie vom persönlichen Austausch leben, wie zum Beispiel die Pinocchio-Sprachlerngruppe für Kinder.

Auch die Corona-Situation in Italien wurde zum Thema, Italien wurde besonders

im Frühjahr besonders hart getroffen, die Kliniken waren völlig überlastet und es gab viele Tote. In dieser Zeit hätten die meisten Italiener den Glauben an die EU verloren, berichtete Andrea Wisotzki. Es kam keine Hilfe aus der EU, keine Masken, keine medizinische Unterstützung. Ausgerechnet die Chinesen halfen schnell und unbürokratisch mit Masken und Beatmungsgeräten. Der Italienverein hofft sehr im nächsten Jahr wieder zum Normalbetrieb zurückzufinden und besonders die Kinder wiederzusehen.

Leonid Chraga von der jüdischen Kultusgemeinde berichtete dann ebenfalls von den Problemen in der Gemeinde, die auch Mitglied des jüdischen Wohlfahrtsverbandes ist.

Fortsetzung auf Seite 4

EDITORIAL

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Dezember 2020: Stadtleben ausgebremst

Liebe Leserin, lieber Leser,

was wir uns nicht vorstellen konnten, ist nun da: der Corona-Lockdown bremst das Stadtleben aus. Und das im Dezember, wo es sonst in der Stadt von Menschen nur so wimmelte. Selbst der „größte Weihnachtsbaum der Welt“ wurde wieder abgebaut. Die neugewählten Räte stehen in den Startlöchern... In einigen Jahren wird gesagt werden: vor Corona – nach Corona, so tief ist der Einschnitt dieser Krise, deren Auswirkungen lange Zeit wirksam sein werden.

Jetzt, noch mitten in der Corona-Pandemie, sagen die Politiker, sei es in der Bundesregierung, sei es im Land oder in der Stadt: Wir fahren auf Sicht. Das gilt in gewisser Weise auch für diese ECHO-Ausgabe: viele Themen, viele Beiträge, aber es fehlt der „rote Faden“, der sie zusammenbindet.

Aber nach diesen vielen Monaten reicht „Auf-Sicht-Fahren“ nicht

mehr aus. Nötig sind Ziele, Horizonte, eine Vision. Die naheliegende Antwort ist: Das Ziel ist, Corona zu bewältigen. Klar, aber dann? Nach Corona = vor Corona? Diese Gleichung geht nicht auf. Auch unsere Stadt wird nach Corona und ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen anders sein, sowohl im Zentrum als auch in den Stadtteilen.

Die Corona-Krise ist wie ein Brennglas: sie zeigt uns z.B., wie stark es soziale Ungleichheit in unserem Land und in unserer Stadt gibt. Sie zeigt uns aber z.B. auch, dass es viel mehr Gemeinsinn und Nachbarschaftlichkeit gibt, als viele gedacht haben.

Wir müssen jetzt anfangen, unsere Stadt neu zu denken. Wir müssen gemeinsam klären, was „Dortmund als eine solidarische Stadt“ heißen könnte. Die aktive Stadtgesellschaft als eine große Zukunftswerkstatt: das schlagen wir vor. Und das ECHO der Vielfalt ergreift die Initiative, mit einer **Forumsreihe ab Januar: Dortmund nach Corona – unsere Stadt neu denken**. Digital und dokumentiert in unserer Zeitung.

Wir wünschen für die Feiertage und den Beginn des Neuen Jahres alles Gute. Und dann: das Stadtleben neu starten! Auf jeden Fall.

In diesem Sinne
Vorstand des VMDO

Gewalt unter Jugendlichen



Ahmet Toprak
Foto: www.fh-dortmund.de

In unregelmäßigen Abständen beobachten wir gruppenbezogene Gewalttaten Jugendlicher, die die Öffentlichkeit aufrütteln. Härtere Strafen für die Täter ist eine Maßnahme, die von Politik und Öffentlichkeit spontan und wiederkehrend verlangt wird. Um die Täter zu bestrafen, müssen sie erst ermittelt, und ihnen eine konkrete Straftat nachgewiesen werden. Bei einer chaotischen Gemengelage, wie wir sie in Stuttgart erleben, ist das für die Ermittler mehr als eine ambitionierte Aufgabe. Außerdem wissen wir viel zu wenig, um über Stuttgart oder Frankfurt ein Urteil zu fällen. Aber unabhängig davon gibt die Forschung einige Antworten, warum gruppenbezogene Gewalttaten zustande kommen und was dagegen getan werden kann.

Warum aggressives Verhalten?

Es lassen sich drei zentrale Motive für aggressives und gewalttätiges Verhalten festhalten. Erstens geht es um das Streben nach Macht und Kontrolle. Vor allem, wenn andere Möglichkeiten, soziale Kontrolle zu erwerben, fehlen, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, aggressiv oder gewalttätig zu agieren. Um Macht und Kontrolle zu erlangen, muss bei Jugendlichen eine erhöhte Bereitschaft zum Risiko und Gewaltaffinität

vorhanden sein. Das Verlangen nach Macht und Kontrolle kann individuell, also die Kontrolle über einzelne Personen, oder aber kollektivistisch ausgeprägt sein, hier ist die Kontrolle über eine andere Gruppe oder einen Ort gemeint. Die Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zeigen, dass Jungen gewalttätiger sind als Mädchen. Demnach sind Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau risikofreudiger und sind eher bereit, Gewalt anzuwenden als Jugendlichen mit hohem Bildungsniveau. Das bedeutete im Umkehrschluss, dass in erster Linie junge Männer mit niedrigem Bildungsniveau zur Gewalt neigen, um Macht, Kontrolle und Anerkennung zu erlangen. Das Streben nach Gerechtigkeit ist ein weiteres Motiv für gewalttätiges Verhalten. Wenn die Person glaubt, schwer provoziert und ungerecht behandelt worden zu sein, so kann das in seinen Augen gewalttätiges Verhalten rechtfertigen. Das Thema Gerechtigkeit kann unterschiedliche Dimensi-

onen einnehmen. Die Bandbreite ist sehr groß und reicht von allgemein herrschender sozialer Ungleichheit bis zu einer einfachen Polizeikontrolle in der Bahnhofsnähe, in dem der blonde Mann durchgewunken und der dunkelhäutige Mann kontrolliert und gefilzt wird. Auf Diskriminierungen und Ausschließmechanismen jeglicher Form reagieren junge Menschen enorm und versuchen durch Gewaltanwendung eine gewisse Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Als drittes Motiv beinhaltet das Streben nach positiver Identität, das insbesondere das Verhalten in sozialen Gruppen beeinflusst, in denen eine Zugehörigkeit angestrebt wird. Soziale Gruppen spielen in der Entwicklung im Jugendalter oft eine große Rolle. Das gemeinsame Erleben ist unter Jugendlichen von entscheidender Bedeutung. Unterschiedliche Erklärungsansätze versuchen das Phänomen zu beschreiben, dass Individuen im Gruppenkontext aggressiveres Verhalten zeigen als alleine. Der Ansatz der Individuation vom amerikanischen Psychologen Zimbardo betont die Anonymität des Einzelnen in der Gruppe und die entstehende Verantwortungsdiffusion bei Verantwortungsübernahme. Vor allem Männer zeigen mehr Gewaltverhalten in einer Gruppe, wenn sie dort anonym sind, weil sie sich nicht nur gegenseitig aufstacheln,

von Gewalt darüber hinaus die individuellen und situativen Faktoren eine wichtige Rolle. Situative Faktoren können Frustration, Stress, Langeweile oder Gewaltdarstellung in unterschiedlichen Medien o.ä. sein. Individuelle Faktoren können beispielsweise belastete Kindheit, eigene Gewalterfahrung oder eine psychische Störung sein.

Es wird hier deutlich, dass die Ursachen und Motive für Gewalt sehr komplex und diffizil sind, die ich hier nicht alle aufzähle. Aber jenseits von einzelnen Fällen, die die Öffentlichkeit aufrütteln, zeigen die Forschungsergebnisse, dass die Gewaltdelikte seit Jahren rückläufig sind. Diesen Trend bestätigt auch der letzte Bericht der Polizeilichen Kriminalstatistik. Laut diesem Bericht, der im März veröffentlicht wurde, ist im Jahre 2019 bei der Gewaltkriminalität ein Rückgang von 2,3 Prozent im Vergleich zu 2018 zu verzeichnen. Die vergleichsweise niedrigen Raten verdanken wir auch einer guten Präventionsarbeit im gesamten Bundesgebiet. Der Begriff

Gewaltprävention hat sich gegenüber Restriktion, Strafen und Repression durchgesetzt. Sie ist nicht nur in der Medizin von Bedeutung, sondern auch in der Vermeidung von Gewalt. Gewaltprävention ist ein langwieriges und für die Laien auf dem ersten Blick unsichtbares Handeln. Sie zielt auf Stärkung der Persönlichkeit, die Ausbildung von sozialer Wahrnehmung, kontrolliertes Handeln, die Schaffung von Konfliktfähigkeit, gewaltfreie Kommunikation und schließlich Vermeidung von Straftaten. Da Gewaltprävention flächendeckend, unterstützt durch Landes-

und Bundesprogramme, gut funktioniert, wird die Gewaltkriminalität weiterhin rückläufig sein. Die extremen Beispiele, wie wir sie in Stuttgart oder Frankfurt beobachten, wird es zwar immer wieder geben. Aber der Trend heißt: Gewalt nimmt ab.

Ahmet Toprak



sondern auch gemeinsam etwas erleben. In Gruppenkonstellationen begünstigen Langeweile und der Wunsch nach Action das Risiko, Gewalt anzuwenden, da Gruppendruck, Alkoholkonsum oder Drogen die Hemmschelle senken. Neben diesen drei zentralen Motiven spielen bei der Anwendung

sondern auch gemeinsam etwas erleben. In Gruppenkonstellationen begünstigen Langeweile und der Wunsch nach Action das Risiko, Gewalt anzuwenden, da Gruppendruck, Alkoholkonsum oder Drogen die Hemmschelle senken. Neben diesen drei zentralen Motiven spielen bei der Anwendung

sondern auch gemeinsam etwas erleben. In Gruppenkonstellationen begünstigen Langeweile und der Wunsch nach Action das Risiko, Gewalt anzuwenden, da Gruppendruck, Alkoholkonsum oder Drogen die Hemmschelle senken. Neben diesen drei zentralen Motiven spielen bei der Anwendung

MR BIDEN, BECAUSE FREEDOM OF THE PRESS IS PART OF THE AMERICAN SOUL, SIGN THE #PressFreedomPact.

„Ich verpflichte mich, in meinen Worten und Taten, in meiner Innen- und Außenpolitik und in meiner Regierungsführung für die Grundsätze des Ersten Verfassungszusatzes einzustehen, die unerlässliche Rolle einer freien Presse in der amerikanischen Demokratie zu schützen und bei der Wahrung demokratischer Werte überall auf der Welt mit gutem Beispiel voranzugehen.“



www.reporter-ohne-grenzen.de/usawahlen

RSF REPORTER OHNE GRENZEN

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Vedat Akkaya, Lucas Gruyters,
Hansgeorg Schmidt

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Corona-Pandemie: Neue Herausforderungen für Geflüchtete

Geflüchtete Menschen sind auf die Erreichbarkeit der Ämter angewiesen aber genau dies stellt sich in der momentanen Pandemie-Situation als sehr problematisch dar.

Die Herausforderungen sowohl für die Geflüchteten als auch für die zahlreichen Beratungsbüros liegen vor allem in der Erreichbarkeit der Ämter, die in diesen Zeiten sehr eingeschränkt und unzureichend sind.

Angelegenheiten, die normalerweise direkt in der Sprechstunde der Behörden besprochen und geklärt werden können, müssen nun telefonisch oder per E-Mail abgearbeitet werden. Das führt zu großen Problemen, denn die Geflüchteten haben meist noch Sprachprobleme und es ist Ihnen somit natürlich erst recht nicht möglich eine Anfrage schriftlich zu formulieren. Dazu kommt noch, dass deutsche Ministerien und Behörden eine Amtssprache pflegen, die selbst geübte Muttersprachler oft vor große Probleme stellt.

So ist es also verständlich dass geflüchtete Menschen, die in



Sprachkursen unsere komplexe Sprachregelung und staunend ihre zahlreichen Ausnahmen erlernen, Hemmungen haben zum Telefonhörer zu greifen. Wenn sie es aber doch tun, müssen sie feststellen, dass am Ende einer Warteschleife dann oft niemand zu erreichen ist. Wird dann doch die Hürde des Schreibens einer E-Mail überwunden, klagen die Verfasser oft darüber, dass sie weder eine Eingangsbestätigung, geschweige denn eine Antwort bekommen.

Dies kann zu weitreichenden Folgen führen, von der Einstellung der Leistungszahlungen, der Krankenversicherung, bis zum Verlust der Aufenthaltsgenehmigung.

Auch die Kommunikationswege der Behörden sind manchmal kompliziert, Termine werden per Mail oder direkt online angefragt, die Termine werden dann aber abschließend per Post mitgeteilt. Hier kann es dazu kommen, dass ein Termin verpasst wird, weil der Brief seinen Empfänger zu spät er-

reicht oder gar nicht erkannt wird, dass es sich um einen Brief mit Terminvergabe handelt.

Auch die Online-Terminvergabe ist für Geflüchtete eine große Herausforderung, da die Termine z.B. bei den Bürgerdiensten nur mit Mühe zu bekommen sind. Meist ist ein Monat schon am Beginn ausgebucht und es muss jeden Tag morgens überprüft werden, ob ein Termin frei geworden ist. Sprachprobleme führen dazu, dass Anweisungen zur Terminvergabe nicht verstanden werden oder es ist gar nicht bekannt, dass Termine nur online vergeben werden.

Es ist klar, dass die Behörden zurzeit überlastet sind und sicher ihr Möglichstes tun. Doch hier sollten und müssen die Behörden, die viel mit Geflüchteten zu tun haben, dringend nachbessern. Sowohl Erreichbarkeit als auch sprachliche Vielfalt sind hier dringend vonnöten, denn für geflüchtete Menschen geht es dabei schlicht um die Existenz und die Chance eine Zukunft in diesem Land zu haben.

samo.fu Dortmund

Dritter Platz für VIF beim Wettbewerb „Heimat Dortmund“

Aus dem VIF-Redebeitrag zur Preisverleihung:

„...Durch so einschneidende gesellschaftliche Veränderungen wie die industrielle Revolution, zwei große Weltkriege und die weltumspannende Industrialisierung und Verstädterung wurden



Auswanderung und Flucht ein weltweites Phänomen.

Das Phänomen Heimat geht deshalb nicht mehr um den schlichten Herkunftsnachweis, wo man also geboren wurde, sondern vor allem um Lebensmöglichkeit. Heimat ist heute eher ein Ort, an dem Identität, Sicherheit und aktive Lebensgestaltung möglich sind.

Heimat wird zu einem Raum, den man sich durch einen aktiven, schöpferischen Prozess schaffen kann – wenn die Bedingungen dafür gegeben und günstig sind.

Die Möglichkeit solcher „Beheimatung“ kann dann auch überall entstehen. ...

Die Biografien unserer Vereinsmitglieder, die wir in den letzten fünf Jahren gesammelt haben und in diesem Wettbewerb präsentieren, belegen dies durchaus. Und sie belegen, wie die hier „Beheimateten“ nicht nur ihre „zwei Heimaten“ leben, sondern in Dortmund, wie alle Zuwanderer*innen, in ihrer neuen Heimat Spuren hinterlassen und die Stadt kulturell, politisch und sozial mitgestalten...

NIEMAND VERLÄSST SEINE HEIMAT, UMGEBUNG UND FAMILIE OHNE TRIFTFIGEN GRUND!

Unsere Aufgabe ist es, allen Neuankömmlingen die Chance zur „Beheimatung“ zu geben.“

„Kopf.Herz.Hand“ Keuninghaus startet neues Online-Talkformat

Kreativ sein, den Mut nicht verlieren und Kunst und Kultur für möglichst viele Menschen erlebbar machen – so lautet derzeit das Motto im Keuninghaus, das einen Teil seines Programms ins Digitale bzw. in seinen Youtube-Kanal „Keuninghaus to Go“ verlegt hat. Nun gibt es ein neues Format: In der Reihe „Kopf.Herz.Hand“ spricht Özge Çakirbey, Moderatorin und Mitarbeiterin im Keuninghaus, jeweils mit einem Gast rund um die Zusammenhänge zwischen Denken, Fühlen und Handeln. Ihr Ziel ist ein Plädoyer für mehr Authentizität, Menschlichkeit und Gefühl in der Gesellschaft.

Gästin der ersten Ausgabe ist die Assistenzärztin und angehende Psychiaterin Münevver Sabanci, die von der Rolle und Bedeutung unserer Gefühle und dem Umgang damit erzählt.

YouTube: Keuninghaus to Go

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen - Wer muss die Konsequenzen wirklich tragen?



Die Corona-Krise trifft vor allem Einkommensschwache und Obdachlose Menschen. Nach einem aktuellen UN-Bericht, bezüglich wachsender Armut während der Pandemie, wurde festgestellt, dass diese weltweit zu einem historischen Anstieg führte. 176 Millionen Menschen stehen vor der Verarmung und mit weiteren Auswirkungen sei definitiv zu rechnen. Die Milliarden Fonds, welche zur Verfügung stehen, kommen bei den meisten Menschen nicht an. Allein die prekäre Beschäftigten, welche laut Bericht 61 % der Arbeitenden ausmachen, seien einem sehr großen Risiko der Verarmung ausgesetzt. Und davon seien die meisten Menschen mit Migrationshintergrund.

Ganz besonders stark betroffen von den Folgen sind Kinder. Durch die Pandemie sind 150 Millionen Kinder zusätzlich in Armut geraten. Diese Zahlen sollen in Zukunft weiter ansteigen. In ärmeren Ländern müssen Schulen, Betriebe und auch öffentliche Einrichtungen schließen. Für die Menschen

heißt das keine Arbeit mehr. Die besondere Betroffenheit der Kinder aus ärmeren Verhältnissen lässt sich darauf zurückführen, dass sie nicht mal Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, Hygienemitteln oder sogar Lebensmittel und Trinkwasser haben. Der Gang zur Schule bedeutete nicht nur Bildung für die Kinder, sondern auch der Zugang zu warmen Mahlzeiten, welche während der Pandemie ausfielen.

Auch in Deutschland sprechen die Zahlen für sich. In einem Land, welches wirtschaftlich sehr stark ist, setzt sich die Pandemie auch hier Tag zu Tag immer mehr zu. Die meisten ärmeren Familien können sich keine technischen Hilfsmittel leisten, um den Online-Unterricht führen zu können. 20% der Familien mit drei oder mehr Kindern erhalten Sozialleistungen in Deutschland. Bei den Alleinerziehenden sind es schon zwei Drittel. Das heißt, je mehr Kinder, desto höher die Armut.

Vor allem Familien mit Migrationshintergrund können ihre Kinder nicht ausreichend unterstüt-

zen. Es häuft sich die Angst um die Zukunft der Kinder und allgemeine Angst über die Runden zu kommen. Insgesamt sind seit Jahren 20 % der Kinder in Deutschland arm. Dies hat sich auch bei wirtschaftlichen Aufschwüngen nicht geändert. Und ganz besonders in Krisenzeiten, wie dieser, wird es zu einem Anstieg kommen.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Infektionszahlen in Stadtteilen wie Dortmund-Nordstadt immer mehr steigen. Viele Menschen aus ähnlichen Stadtteilen - Deutschlandweit - sind den prekären Arbeitssituationen ausgesetzt. Vergessen wir nicht, dass diese Stadtteile schon immer Ballungsgebiete waren und Menschen in sehr engen Räumen zusammenleben müssen. Die Frage ist, ob man wirklich die Wahl hat in solchen Gebieten sich vor Corona zu schützen.

Auch die Arbeiter*Innen im öffentlichen Dienst und Pflegedienst mussten enorme Belastungen hinnehmen. Mit ihrem Kampf

um mehr Lohn zeigten sie eindeutig, dass sie die Niedriglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnehmen werden. Für rund 2,3 Millionen Beschäftigte konnte ein Lohnanstieg von 4,5 % erzielt werden. Für die Pflegekräfte gab es einen Anstieg von 8,7 %. Das ist das Ergebnis eines gemeinsamen Kampfes, dass jedoch weiterhin nicht ausreichend ist.

Im Vergleich dazu hat die Bundesregierung, aufgrund der Pandemie, einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds für Großunternehmen gegründet. Er sollte ein „Schutzschild“ für die Unternehmen darstellen. Dieser bestand aus 100 Milliarden Euro für Kapitalmaßnahmen, 400 Milliarden Euro für Bürgschaften und bis zu 100 Milliarden Euro konnten noch einmal für Refinanzierungen genutzt werden.

Eine Hausangestellte aus Äthiopien sagt dazu: „In unserem Zustand sind wir über den Toten und unterhalb der Lebenden. Das ist kein Leben.“

Karanfil e.V.

House of Resources und Beratungsstelle stehen auch 2021 weiter bereit

Förderung und Beratung für Migrant*innenorganisationen ist gesichert



Die Pandemie schränkt die Menschen in fast allen Bereichen ihres Lebens ein. So auch die Aktivitäten der Migrant*innenorganisationen. Allerdings wurde diese Zeit von vielen Organisationen dazu genutzt sich auf die Umstände einzustellen und kreativ zu werden. Viele haben gleich zu Beginn des ersten Lockdowns an der Online-Seminarreihe „Vereinsarbeit digital gestalten“ von House of Resources und der Fachberatung Migrant*innenorganisationen teilgenommen.

Dabei wurden Wissen und Werkzeuge vermittelt und vorgestellt, mit denen die Organisationen auch in der Corona-Krise und darüber hinaus Ihre Vereinstätigkeiten umsetzen oder das erworbene

Know-How in der Vereinstätigkeit einsetzen können.

Es wurden themenspezifisch auf Migrant*innenorganisationen abgestimmte Seminarinhalte von Fachleuten angeboten.

Des Weiteren wurde auch ein Online-Seminar zu dem Hauptthema „Landesförderung für Projekte von Migrant*innenorganisationen bei der Bezirksregierung Arnsberg für die Jahre 2021/2022“ durchgeführt. Mit sehr viel Interesse, Freude und einem großen Engagement nahmen Vertreter*innen und Engagierte der Organisationen an diesen Online-Seminaren teil.

Für die Jahre 2021/2022 stellten zahlreiche Vereine und organisierte Initiativen Förderanträge bei der Bezirksregierung Arnsberg.

HOUSE OF RESOURCES

Das Projekt House of Resources - HoR und die Fachberatung Migrant*innenorganisationen ist ein neues Konzept zur Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrant*innenorganisationen und integrativ wirkenden Organisationen in Dortmund. Sowohl das Projekt als auch das HoR stellen erstmals für die Migrant*innenorganisationen in Dortmund sowohl finanzielle, als auch weitere Ressourcen flexibel und wirksam zur Verfügung. Zielsetzung ist es Migrant*innenorganisationen mit den integrationspolitisch bzw. bürgerschaftlich relevanten Akteuren, die zu kommunalen Kooperations- und Austauschstrukturen gehören, zusammenzubringen. Zu den Dienstleistungsangeboten gehören die praktische Begleitung, Unterstützung von Vereinsaktivitäten und Projekten; die Bereitstellung, Verleihung von Geräten, Technik; die Mitfinanzierung, Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit; die Bereitstellung, Mithilfe bei der Finanzierung von Räumen und die Kostenübernahme für Aktivitäten Veranstaltungen.

Die Mitarbeiter*innen von HoR unterstützten die sie dabei tatkräftig online und auch, unter Einhaltung der Coronaschutzregeln, in einzelnen persönlichen Beratungen bei den Antragstellungen, vor allem bei über einem Dutzend Anträgen bei der Bezirksregierung Arnsberg.

Erfreulich war dabei, dass die Online-Seminare Früchte bei der Ausarbeitung von Projektideen der Migrant*innenorganisationen trugen, die Online-Seminarreihe war inspirierend und motivierend für die Projektvorhaben der Ver-

eine und Organisationen in Dortmund und Umgebung, um selbstbewusst und voller Zuversicht ihre Vereinsarbeit unter Einhaltung der Coronaschutzverordnung fortsetzen zu können. Nämlich überwiegend online.

Das House of Resources und die Fachberatung Migrant*innenorganisationen blicken zuversichtlich in die Zukunft. Sie werden auch im nächsten Jahr die Organisationen unterstützen und zahlreiche Förderanträge auf den Weg bringen.

HoR-Team

Grüne wollen die Umbenennung der Nettelbeckstraße

In der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord beantragt die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN die Umbenennung der Nettelbeckstraße im Hafenviertel.

Zur Findung eines geeigneten neuen Straßennamens soll ein Beteiligungsverfahren durchgeführt werden, bei dem alle Bewohner*innen des Stadtbezirks Innenstadt-Nord die Möglichkeit zur Mitwirkung haben.

Die Nettelbeckstraße ist nach Joachim Christian Nettelbeck (1738 – 1824) benannt. Nettelbeck war als Obersteuermann niederländischer Sklavenschiffe am Menschenhandel zwischen Westafrika und Amerika aktiv beteiligt. Später betätigte er sich als Kolonialpropagandist noch lange vor Beginn der deutschen Kolonialaktivitäten.

Hannah Rosenbaum, Bezirksbürgermeisterin:

„Wir nehmen den Faden der zunehmenden Diskussion um die Verbrechen der kolonialen Vergangenheit, die ja auch in Dortmund stattfindet, wieder auf. Der Bewohnerschaft der Nordstadt mit weit über 50 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, darunter zunehmend mehr Afrikanisch-Stämmige, ist es nicht zumutbar, dass sie mit einer unkommentierten Würdigung einer fragwürdigen Person der deutschen Geschichte konfrontiert wird.“

In 2014 gab es auf Basis eines Bürgerantrags eine Untersuchung des Stadtarchivs zu politisch belasteten Straßenbezeichnungen. Zu den ermittelten Straßennamen gehörte auch die Nettelbeckstraße. Das Stadtarchiv Dortmund empfahl seinerzeit schon eine Umbenennung.

Makro Unterauer, grüner Fraktionssprecher:

„Wir wollen mit der Umbenennung nicht die Spuren unserer kolonialen Vergangenheit tilgen. Deshalb möchten wir zusätzlich zum Verfahren zur Findung eines geeigneten Straßennamens mit einem Schild an den alten Straßennamen erinnern und auf den Grund der Umbenennung hinweisen. Wir können die Vergangenheit nicht ungeschehen machen, aber sehr wohl einen ehrlichen Umgang mit den Schattenseiten unserer Geschichte dokumentieren.“

ECHO

Auslandsgesellschaft

So 17.01.21, 18:00 Uhr
€ 8 / 5 für Mitglieder und Sprachkursteilnehmende

Zauber der Sterne unter einem grenzenlosen Himmel. Klavierkonzert mit Audio-Vision Gabriella Brezóczi (Klavier), Geront Meiser und Pascale Demy (Audio-Vision)

Di 19.01.21, 19:00 Uhr, Eintritt frei
Rassismus und Widerstand.

Eine US-amerikanisch-äthiopische Lebensgeschichte
Lesung und Gespräch mit den Autor*innen Andreas Nakic (Gewaltpräventionstrainer), Marianne Bechhaus-Gerst (Afrikanistin und Kulturwissenschaftlerin) und dem Schauspieler Sunga Weineck.

Ort: Auslandsgesellschaft.de e.V., Steinstraße 48, 44147 Dortmund

Beratung für Migranten hat sich etabliert

Sechster Aktionstag für die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und für den Jugendmigrationsdienst (JMD)

Die Einwanderung nach Deutschland dauert an. Mehr als 1,55 Millionen Menschen zogen 2019 nach Deutschland, das sind 327.000 mehr, als im gleichen Jahr wegzogen. Zunehmend bestimmen Menschen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten das Bild. EU-Staatsangehörige stehen vor anderen Herausforderungen als Geflüchtete oder Eingewanderte im Kontext von Familiennachzug, die in den Vorjahren das Aufnahmegeschehen teilweise sehr stark prägten. Gleichzeitig besteht weiterhin ein hoher Bedarf an Beratung und Unterstützung bei den bereits in Deutschland lebenden Zugewanderten. Für die Städte und Gemeinden bedeutet das, dass sie sich dauerhaft und strukturell auf Einwanderung einstellen und die Verantwortung für eine erfolgreiche Eingliederung übernehmen werden.

Die sozialpädagogische Beratung und Begleitung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wird durch die Netzwerkarbeit der MBE und JMD ermöglicht. Die Beratungsstellen arbeiten nach hohen fachlichen Standards und zur großen Zufriedenheit der Ratsuchenden.

Bundesweit haben sich die MBE



Teilnehmer*innen des Aktionstages

und der JMD als anerkannte Akteure im Integrationsbereich etabliert. In den lokalen Strukturen sind sie aktiv in der Kooperation mit den Ausländerbehörden, den Leistungsträgern nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch, der Agentur für Arbeit, den Integrationskurssträgern, den Zeugnisanerkennungsstellen, Migrantenorganisationen, Bildungsträgern und Fachberatungsstellen tätig. Nach nunmehr 15-jährigem Bestehen haben MBE und JMD in der aktuellen Pandemie einmal mehr gezeigt, welche Bedeu-

tung sie vor Ort bei der Beratung und Begleitung ratsuchender Einwanderer*innen einnehmen. Bundesweit haben die Träger der MBE und des JMD nach Möglichkeiten gesucht, das Beratungsangebot aufrechtzuerhalten. Es hat sich gezeigt, dass hierbei systemrelevante Aufgaben übernommen wurden, beispielsweise beim Zugang zu (mehrsprachigen) Informationen und zur Aufklärung über Covid-19.

Den Trägern der MBE und des JMD ist es in dieser Zeit gelungen, die Begleitung, Unterstützung und

Steuerung des Integrationsprozesses für die Ratsuchenden fortzuführen und Menschen in multiplen Problemlagen zu helfen. Beispielsweise wurden Familien mit prekären wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten aufgefangen und im Interesse des Teilhabens und Teilwerdens innerhalb der Gesellschaft gestärkt.

Nunmehr ist und bleibt es eine wichtige Aufgabe, die MBE und den JMD in der dynamischen Unterstützungs- und Beratungslandschaft in Deutschland regelmäßig in Erinnerung zu rufen.

Dieses ist auch nur gelungen, weil die MBE und der JMD in der Kommune unterstützende und langjährige Partner und damit die bedeutsamen Akteure vor Ort sind.

AWO-Unterbezirk Dortmund,
Caritas Dortmund,
DRK, IN VIA, Diakonie,
Paritätischer,
Stadtteil-Schule

Integration und Engagement in Dortmund

Bürgerforum „Nord trifft Süd“ trifft sich diesmal virtuell

Fortsetzung von Seite 1

Sie betreibt einen Kindergarten, ein Jugendzentrum, eine Altenbegegnungsstätte und vieles mehr. Auch im Hörder Clarenberg engagiert sich die Gemeinde mit einer Sozialberatungsstelle und seit kurzem auch mit dem "Clarenberger Treff", der vor allem der Vereinsamung von Senioren entgegenwirken soll. Der Clarenberg weist einen hohen Migrantenanteil auf und wird oft als fremdenfeindlich bezeichnet. Dem widersprach Leonid Chraga vehement, er hat dort nie Fremdenfeindlichkeit erfahren und kennt auch niemanden in seiner Gemeinde, der/die damit Erfahrungen gemacht hätte. Eine neue Kooperation mit der Nordstadt mit der jüdischen Kultusgemeinde in der Sporthalle in der Kleinen Kielstraße Kraf Maga-Training und Jiu Jitsu anbietet, wird sehr gut angenommen. Natürlich betreibt die jüdische Gemeinde auch eine Synagoge, die dortigen Gottesdienste sind zurzeit stark eingeschränkt, was besonders die Senioren der Gemeinde hart trifft.

Last but not least berichtete Ingo Rößler vom Martener Forum, dass im Zusammenhang mit dem Projekt "Nordwärts" gegründet wurde, über

den Umgang mit den Neonazis, die in der Vergangenheit versuchten in Marten Fuß zu fassen. Das Forum ging sehr entschlossen dagegen an und rief das Nachbarschaftswerk "Meilenstein" ins Leben, in dem sich die Martener für die Vielfalt in ihrem Stadtteil engagierten und mit vielen Veranstaltungen unter dem Motto "Marten lebt Vielfalt" viele Künstler und Gruppen für sich gewinnen konnte. Die Veranstaltungen des "Meilenstein" waren sehr erfolgreich und Ingo Rößler konnte mit Genugtuung berichten, dass die Neonazis aus dem Stadtteilbild verschwunden sind.

Oliver Hesse vom städtischen MIA-Do-Ki (MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund) schaltete sich dann in die Runde und bot den Vereinen und Organisationen die Hilfe der Stadt bei entsprechenden Projekten und Veranstaltungen an.

Das Bürgerforum hat mit dieser gelungenen Veranstaltung gezeigt, dass es auch digital funktioniert, nichtsdestotrotz freut sich Kay Bandermann aber auch auf das nächste Forum, das hoffentlich wieder mit Publikum stattfinden kann.

Hansgeorg Schmidt

Gegen Armut hilft Geld

Der Paritätische Armutsbericht 2020



Mit 15,9 Prozent hat die Armutsquote in Deutschland einen historischen Wert erreicht. Es ist die größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung. Über 13 Millionen Menschen sind betroffen. Machte der letzte Paritätische Armutsbericht noch Hoffnung auf fallende Zahlen, so zeigt die aktuelle Auswertung wieder einen klaren Aufwärtstrend, beginnend am Tiefpunkt in 2006 mit 14,0 Prozent bis hin zum aktuellen traurigen Spitzenwert. Es ist ein Anstieg um fast zwei Prozentpunkte bzw. fast 14 Prozent. Auch der in den letzten Jahren erfreuliche Rückgang der Einkommensarmut in Ostdeutschland scheint erst einmal gestoppt. Sie stieg im vergangenen Jahr von 17,5 auf 17,9 Prozent. Der Wiederanstieg der Armut in 2019 erfolgte in Deutschland praktisch flächendeckend. 11 der 16 Bundesländer waren betroffen, dabei so bevölkerungsstarke wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen. Den schlechtesten Wert zeigt, weit

abgeschlagen, Bremen, wo mittlerweile jede*r Vierte zu den Armen gezählt werden muss, gefolgt von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Nordrhein-Westfalen mit Quoten zwischen 18,5 und 19,5 Prozent. Am anderen Ende zeigen Bayern und Baden-Württemberg mit 11,9 und 12,3 Prozent mit Abstand die „besten“ Werte. Das problematischste Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen. Nicht nur, dass es deutlich überproportional von Armut betroffen ist und zu den fünf Ländern mit der höchsten Armutsdichte zählt. Hinzu kommt die Dynamik: Seit Einsetzen des langfristigen Aufwärtstrends in 2006 ist die Armutsquote in Nordrhein-Westfalen zweieinhalbmal so schnell gewachsen wie die gesamtdeutsche Quote. Armutsstreiber in Nordrhein-Westfalen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. Das größte Ballungsgebiet Deutschlands muss damit zweifellos als Problemregion Nummer 1 gelten. Das höchste Armutsrisiko

haben nach wie vor Arbeitslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent), kinderreiche Familien (30,9 Prozent), Menschen mit niedriger Qualifikation (41,7 Prozent) und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,2 Prozent). Bezeichnend ist, dass die Armutsquote bei all diesen ohnehin seit Jahren besonders armutsbetroffenen Gruppen von 2018 auf 2019 noch einmal zugenommen hat. Beendet ist allerdings das 2016 und 2017 festzustellende Phänomen, dass die Armut unter Menschen mit deutschem Pass zurückging und ausschließlich unter Ausländer*innen anstieg. 2019 zeigt sich genauso wie bereits 2018 wieder für beide Personengruppen eine Entwicklung in die jeweils selbe Richtung. Die mit Abstand stärkste Zunahme des Armutsrisikos zeigt im längerfristigen Vergleich die Gruppe der Rentner*innen und Pensionär*innen. Unter ihnen wuchs die Armutsquote seit 2006 um 66 Prozent. Aus einer eher geringen wurde mit 17,1 Prozent eine

deutlich überdurchschnittliche Armutsquote. Was die Sozialstruktur der Armut angeht, ist der ganz überwiegende Teil der Armen er-

werbstätig (33,0 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent). Arbeitslose stellen dagegen mit knapp acht Prozent nur eine ausgesprochene

Minderheit unter den Armen im erwerbsfähigen Alter.

Auszug aus dem Armutsbericht 2020



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztags und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

Hanau und Amnesty enthüllen Statue zu den Menschenrechten im Stadtzentrum

Die Stadt Hanau und Amnesty International haben am dortigen Freiheitsplatz eine Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als deutliches Signal für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Rassismus sowie Gewalt in den öffentlichen Raum gesetzt. Die Enthüllung fand Corona-bedingt im eingeschränkten Rahmen ohne Reden und unter strengen Hygienevorkehrungen statt.

Acht Monate nach dem rassistischen Anschlag vom 19. Februar haben die Stadt Hanau und Amnesty International am Freiheitsplatz die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als „lesbare“ Skulptur installiert. Das 2,60 Meter hohe aufgeschlagene Buch ist begehbar und zeigt die 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



Oberbürgermeister Klaus Kaminsky (Mitte) und Markus N. Beeto bei der Enthüllung

Foto: Bernd Hartung

„Ab heute stehen die 30 Artikel der Menschenrechte im Zentrum von Hanau als sichtbares Bekenntnis zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und Menschenrechten – und gegen Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt. Sie stehen als positives Mahnmal und Inspiration für unser aller gemeinschaftliches Eintreten für eine offene, vielfältige und für alle Menschen sichere Gesellschaft. Die Menschenrechte gehören in unsere Schulen, in unsere Debatten und auf unsere gemeinsamen öffentlichen Plätze“, erklärt Markus N. Beeto, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, bei der Enthüllung in Hanau.

„Täglich werden rassistische Straftaten verübt. Menschen müssen Angst haben, nur weil sie einer Personengruppe zugerechnet werden. Der Schutz vor rassistischer Gewalt ist ein Menschenrecht und eine Aufgabe der inneren Sicherheit. Hier bleiben Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden gefragt, auch im kritischen Blick nach innen. Hanau, Halle, die Opfer des NSU, der Mord an

Walter Lübcke, die vielen Opfer rassistischer Gewalt der letzten Jahre – sie nehmen uns alle in die Pflicht“, so Beeto. Als öffentliches Zeichen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt und in schmerzlichem Gedenken an die neun aus rassistischen Motiven in Hanau ermordeten Menschen - Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov, enthüllten der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky und Markus N. Beeto die übergroße Ausgabe der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie gedachten auch der Opfer der jüngsten Anschläge in Frankreich, u.a. am Lehrer Paty in der Hanauer Partnerstadt

Conflans-Sainte-Honorine. Der Termin fand aufgrund der Corona-Situation in stark eingeschränktem Rahmen und unter strengen Hygienevorkehrungen statt.

Die Installation wurde von der Hanauer Amnesty-Gruppe initiiert. Seit 50 Jahren setzen sich deren Mitglieder unermüdlich für die Menschenrechte ein. Zu ihrem Gruppenjubiläum arbeiteten die ehrenamtlich Aktiven eng mit der Stadt Hanau zusammen. „Gegen die rassistische Tat wollen wir eine positive Vision von einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben setzen - für diese Stadt und mit den Menschen in dieser Stadt“, sagt Ulrich Kabatek, der Sprecher der Hanauer Amnesty-Gruppe.

Amnesty International

Häusliche Gewalt in der Coronakrise

Vielleicht hat es vorher schon gekriselt, man konnte sich aber aus dem Weg gehen. Vielleicht tun sich auch Existenzängste auf und das Gefühl eingengt zu sein. Vielleicht liegt es auch manchmal daran, dass die Möglichkeit wegfällt, im Fitnessstudio oder im Sportverein Aggressionen abzubauen. Es ist im Lockdown so, dass Familienmitglieder je nach Strenge des Lockdowns gleichsam zusammen eingesperrt sind und sich daher auch nicht oder kaum aus dem Weg gehen können.

Das alles sind in keiner Weise Rechtfertigungen, sondern Versuche, die Gründe zu benennen, aus denen häusliche Gewalt - besonders gegen Frauen und Mädchen - während der Lockdowns in der Coronakrise stark zugenommen hat. Dies ist in beinahe der ganzen Welt der Fall.

In Tschechien sollen Mitarbeiter von Post- und Paketzustelldiensten geschult werden, um häusliche Gewalt zu erkennen und zu melden. In Lettland, Estland, der Slowakei und Frankreich haben nun die Opfer häuslicher Gewalt das Recht einer sicheren Unterkunft. Griechenland hat einen umfassenden Plan eingeführt um gegen häusliche Gewalt vorzugehen.

Allerdings lässt die Umsetzung zu wünschen übrig, weil es in den meisten Ländern auch schon vor der Coronakrise kaum genügend Notunterkünfte gab, der Anstieg von Gewalt als Konsequenz der Lockdowns nicht vorhergesehen wurde und die Opfer von Gewalt oft nicht die Möglichkeit haben, in dem Beisein des Gewalttäters Hilfe zu rufen.

In Dortmund werden 80 Prozent der verzeichneten Fälle von Gewalt gegen Frauen verübt. Die Zahl der Gewaltdelikte stieg in den letzten Jahren an und durch die Coronakrise hat es sich 2020 besonders verschärft. Frauen sind Männern oft körperlich unterlegen und werden durch

25 NOVEMBER

VMDO SAGT NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN

VMDO
Verband der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Telefon +49 231 28678240
Fax +49 231 28678166
Email: info@vmdo.de
Web: www.vmdo.de

heutzutage immer noch häufig patriarchalische Strukturen in Familien unterdrückt.

Im VMDO ist man sich der Situation bewusst und bietet zahlreiche empowernde Kurse für Frauen an. Es werden Selbstverteidigungskurse für Frauen angeboten, aber auch andere Kurse, die ihr Selbstvertrauen stärken und sie motivieren sollen, ihre Ressourcen zu nutzen, eigene Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, sich weiterzubilden und eigenen Hobbys nachzugehen.

Wenn Sie Zeugen von häuslicher Gewalt werden, oder auch nur den Verdacht haben, dass jemand davon betroffen ist, aber auch, wenn Sie selbst Opfer häuslicher Gewalt sind, sollten Sie un-

bedingt handeln. Benachrichtigen Sie die Polizei oder wenden Sie sich an eine der nachfolgend aufgeführten Stellen.

- Polizei 110
- Frauenhaus, Tel.: (0231) 800081, www.frauenhaus-dortmund.de
- Frauenberatungsstelle Dortmund, (0231) 521008 www.frauenberatungsstelle-dortmund.de
- Das Hilfstelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist rund um die Uhr und in 17 Sprachen erreichbar: 08000 116 016. Online gibt es das Beratungsangebot www.hilfstelefon.de
- Das Hilfstelefon „Gewalt an Männern“: 0800-1239900

Gülcan Boran

Das Potential des lokalen Migrantenverbundes

„Insist“ lädt zum Fachgespräch im Haus der Vielfalt über die Stärken und die Zukunft der Verbünde

In den großen Städten Deutschlands haben die Migrantenvereine und Organisationen schon vor einiger Zeit den lokalen Verbund entdeckt. Im Verbund sind sie stärker in der Stadtgesellschaft vertreten und haben so auch die Chance Kommunalpolitik mitzugestalten.

Im Haus der Vielfalt trafen sich im Oktober Fachleute aus dem Sozial- und Migrationsbereich und Vertreter*innen von Migrantenverbänden aus ganz Deutschland um die Potentiale und Möglichkeiten dieser Verbünde aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

Da sich in Corona-Zeiten Zusammenkünfte sehr schwierig gestalten, wurde die Veranstaltung unter dem Titel „Lokaler Verbund“ - Welches Potenzial hat dieser „neue Typ“ von Migrantenorganisationen?“ als Hybrid-Veranstaltung durchgeführt, die Protagonisten waren direkt vor Ort während über 70 interessierte Teilnehmer*innen das Fachgespräch auch online über Zoom und Youtube verfolgten. Initiiert wurde die Veranstaltung von dem Projekt „Insist“, dass die Kooperation von Migrantenorganisationen fördern und ihre Arbeit stärker



Impulsvortrag von Prof. Dr. Ludger Pries

Foto: Y. Abolinov

sichtbar machen will. Das Projekt wird von der EU mit Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.

In seiner Eingangsrede stellte Dr. Ümit Koşan die verschiedenen Potentiale am Beispiel des VMDO e.V vor, der 2008 gegründet wurde und damit zu den ersten lokalen Migrantenverbänden zählt. Unter seinem Dach vereinigen sich 60 Vereine mit sehr verschiedenen Schwerpunkten, über 100 Ethnien und Nationalitäten sind

Teil des Verbundes. Diese Vielfalt ermöglicht eine große Bandbreite an Projekten und Bildungsangeboten.

Ein anschließender Impulsvortrag von Prof. Dr. Ludger Pries (Ruhr Universität Bochum) belegte diese Aussagen anhand von Studien und Statistiken.

Die Fachtagung bot 4 Themenblöcke, nach der Einführung stellten sich im zweiten Block Verbünde aus Hannover (MISO – MigrantinnenSelbstOrganisationen-Netzwerk Hannover e.V.) und Dresden

(Weltclub Dresden/Afropa e.V.) vor. Auch der VMDO (Verband der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.) wurde von der Vorsitzenden Tülin Dolutaş noch einmal aus Vereinskicht vorgestellt. Dr. Peyman Javaher-Haghighi (MISO) und Emiliano Chaimité (Afropa e.V.) gaben interessante Einblicke in ihre Verbundarbeit. Kommentiert wurden die Vorstellungen von Dr. Sascha Krannich (Justus-Liebig-Universität Gießen), Dr. Thorsten Schlee (IAQ, Universität Duisburg-Essen) und Gunther Niermann (Der Paritätische Dortmund).

Dr. Elizabeth Beloe (Bundesverband NeMO) moderierte dann den 3. Block, in dem Prof. Dr. Vassilis Tsianos (Fachhochschule Kiel), Anna Wiebke Klie (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), Oliver Hesse (MIA-DO Kommunales Integrationszentrum Dortmund) und Gunther Niermann (Der Paritätische Dortmund) einen Blick von außen auf die kritischen Felder der Verbünde warfen, sie zeigten die Problemstellungen, aber auch die Chancen eines Verbunds aus ihrer Sicht auf.

Abschließend erörterten Dr. Nils Friedrichs vom Sachverständigen-

rat deutscher Stiftungen für Migration (SVR) und Lamine Conté vom Haus Afrika e.V. Saarbrücken

in Zukunft in vielen Bereichen nicht auf sie verzichten können.

Hansgeorg Schmidt

VMDO
Bildungswerk Vielfalt

DEIN DIGITALER RAUM IST. WO DU BIST.

AB JETZ IM DIGITALEN RAUM DES BILDUNGSWERK VIELFALT

www.bildungswerk-vielfalt.com

#bildungswerkvielfalt

Internationaler Tag der Kinderrechte am 20. November: „Ein Klaps auf dem Po hat noch niemandem geschadet“?



Vor 20 Jahren, am 8. November 2000, trat in Deutschland das Recht jedes Kindes auf gewaltfreie Erziehung in Kraft. Trotz positiver Trends sehen viele Menschen in Deutschland körperliche Bestrafung weiter als angebracht an. Das zeigt eine neue repräsentative Studie von Forscherinnen und Forschern der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie Ulm im renommierten Kinder- und Jugendpsychiater Prof. Dr. med. Jörg Fegert im Auftrag von Kinderschutzbund und UNICEF.

So ist jeder Zweite noch immer der Auffassung, dass ein Klaps auf den Hintern noch keinem Kind geschadet habe. Jeder Sechste hält es sogar für angebracht, ein Kind zu ohrfeigen.

„20 Jahre nach der Gesetzesänderung bleiben Herausforderungen“, sagt Ekin Deligöz, Vizepräsidentin des Kinderschutzbundes. „Denn das Recht jedes Kindes auf gewaltfreie Erziehung geht weit über den Verzicht auf körperliche Bestrafungen hinaus. Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Haltung. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist ein längst überfälliger Schritt, um die Rechte der Kinder auf Schutz, Förderung und Beteiligung zu stärken.“

Insbesondere das Ausmaß und die negativen Folgen psychischer Gewalt gegen Kinder werden bis heute unterschätzt. „Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, dass auch Strafen mit Nicht-Achtung, Liebesentzug oder auch Herabsetzung von Kindern Formen der Gewalt sind. Hier besteht noch viel Aufklärungsbedarf für einen Bewusstseinswandel“, sagt Martina Furlan vom DKSB Dortmund. Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil der Menschen, die Gewalt anwenden bzw. als angebracht ansehen, zwar insgesamt gesunken. In den Jahren von 2016 bis 2020 stagnieren die Zahlen aber. Die Akzeptanz von körperlicher Bestrafung hat damit ein Plateau erreicht. Insbesondere leichtere Körperstrafen bleiben bei einem Teil der deutschen Bevölkerung weiter erbreitet.

Weitere Ergebnisse der Studie

- Die Zustimmung zu Körperstrafen bei Kindern ist bei Männern größer als bei Frauen. So stimmen Männer dem Klaps auf den Hintern mit 57,8 Prozent häufiger zu als Frauen mit 47,1 Prozent.
- Je älter die Befragten sind, desto seltener lehnen sie Körperstrafen ab. So lehnen 55,4

INFO

Im Auftrag von UNICEF Deutschland und dem Kinderschutzbund hat ein Forschungsteam der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm im Frühjahr 2020 2.500 repräsentativ ausgewählte Personen zu ihren Einstellungen zu Körperstrafen in der Erziehung befragt. Die aktuelle Studie baut auf bestehenden Arbeiten zur Akzeptanz von Körperstrafen auf und untersucht, wie sich Einstellungen seit Inkrafttreten des Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung im Jahr 2000 verändert haben. Die Studie selbst kann unter www.dksb.de abgerufen werden.

Prozent der Befragten unter 31 Jahren den Klaps auf den Hintern ab, verglichen mit 34,7 Prozent der Befragten über 60 Jahren.

- Wer Gewalt erfahren hat, akzeptiert sie eher in der Erziehung. Teilnehmende, die selbst als Kind Körperstrafen und emotionale Gewalt erlebt haben, stimmen Körperstrafen in der Erziehung eher zu als Menschen, die ohne Gewalt groß geworden sind. So ist die Wahrscheinlichkeit, der Aussage „Ein Klaps auf den Hintern hat noch keinem Kind geschadet“ zuzustimmen, bei der Gruppe, die selbst Körperstrafen in der Kindheit erlebt hat, fast 16-mal so hoch wie bei Menschen, die keine Körperstrafen erlebt haben. Haben sie emotionale Gewalt erfahren, ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so hoch.

Kinderschutzbund

Digitales Lernen in der Corona-Pandemie

Kinderschutzbund in Dortmund hat neues Bildungsprojekt für Kinder und Jugendliche gemeinsam mit der Stiftung – Dein Zuhause hilft gestartet



„Lernförderung mit Zukunft“: So heißt ein neues Modellprojekt beim Kinderschutzbund in Dortmund, das im September gestartet ist. Es unterstützt mittlerweile knapp 40 Dortmunder Kinder bis zur 7. Klasse beim digitalen Lernen.

An eigens dafür angeschafften Laptops und Tablets können Mädchen und Jungen in kleinen Gruppen Rückstände aufholen, die während des Corona-Lockdowns entstanden sind. Außerdem trainieren sie zielgerichtetes und strukturiertes Lernen mit digitalen Medien – und werden dabei individuell gefördert. Die Projektkoordinatorin Elizabeth Adjei-Acheamfour unterstützt an vier Nachmittagen in der Woche jeweils bis zu sechs Kinder. Das einjährige Projekt wird von der Stiftung – Dein Zuhause hilft finanziert, einer Initiative der LEG-Immobilien-Gruppe. Das Team des Kinderschutzbundes in Dortmund hatte während des Corona-Lockdowns mit zahlreichen besorgten Eltern Kontakt. Der Unterricht auf Distanz stellte

viele Familien vor unterschiedlichen Problemen. Manche hatten keine digitalen Endgeräte. Anderswo konnten Eltern ihre Kinder beim Homeschooling nicht unterstützen, zum Beispiel weil sie sich mit den notwendigen Programmen nicht auskannten.

„Aus unserer Sicht ist digitales Lernen allein natürlich kein Allheilmittel“, sagt Martina Furlan, Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes in Dortmund. „Es braucht die Vermittlung durch Personen, die in Beziehung gehen und sich für die Situation der Kinder insgesamt interessieren. Die sie auch begeistern können, ihre Neugier wecken und zeigen: Ihr seid stark, ihr könnt etwas. Darum freuen wir uns über dieses Projekt ganz besonders, weil es nicht nur die technischen Voraussetzungen finanziert, sondern auch die wichtigen personellen Ressourcen“, so Martina Furlan weiter. Koordiniert und begleitet wird das Modellprojekt vom Landesverband des Kinderschutzbundes in Nordrhein-Westfalen. Neben Dortmund gibt es in Recklinghausen

einen zweiten Projektstandort. „Vielerorts hat die ungerechte Verteilung der Bildungschancen durch die Corona-Krise noch zugenommen“, sagt Sabine Nagl, Projektkoordinatorin beim Landesverband. „So sind wir der Stiftung – Dein Zuhause hilft sehr dankbar. Sie unterstützt uns dabei, ein Modell zu entwickeln, wie wir Kindern helfen können, die uns jetzt ganz besonders brauchen.“ Das Projekt ist insgesamt auf ein Jahr angelegt.

Die Stiftung – Dein Zuhause hilft, eine Initiative der LEG-Immobilien-Gruppe, finanziert das Modellprojekt mit insgesamt 110.000 Euro. „Die letzten Monate haben uns gezeigt, dass außerschulische und digitale Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar sind“, sagt Dr. Daniel Spiecker, Vorstandsvorsitzender der Stiftung. „Durch unsere Förderung und die Expertise des Deutschen Kinderschutzbundes schaffen wir gemeinsam eine wertvolle Unterstützung, die auch zukunftsgerichtet jedem einzelnen Kind eine große Chance bietet.“

Kinderschutzbund

FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

Sabine Janowski
Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄFTE

Gesundheitsamt:
Zuhel Dagdas, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
Ismigyl Myrseel, Familienhebamme, imyrseel@stadtdo.de
Fariba Jooyaei, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
Désirée Mober, Familienhebamme, dmober@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße
Marion Korte, Familienhebamme marion.korte@westhoffstrasse.de
SKF – Sozialdienst katholischer Frauen
Christine Göke, Familienhebamme, schwangerschaftsberatungsstelle.goeke@kath-centrum.de

AWO Beratungsstellen

Jenny Becks, Familienhebamme.
j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsli, Familienhebamme.
oechsli@donumvitae-dortmund.org

FAMILIEN-Projekt

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familien-Hotline: Tel: (0231) 50-2 98 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet.
Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89
Eving: August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67
Hombroch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35

Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund Tel: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 44319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombroch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund

Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

Beratung für Kinder und Jugendliche

Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114, r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635, ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814, m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580, niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund

Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Team Kinderschutz im Jugendamt:
Johanna Hopff
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhoppff@stadtdo.de. Tel: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt

Hoher Wall 9-11, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Stadt Dortmund - Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022532, 0231-5023579
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: 53kinder@stadtdo.de
gesundheitsamt.dortmund.de
Renate Breidenbach,
Ärztliche Leiterin
Tel.: 0231 50-22536,
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: rbreidenbach@stadtdo.de

Sozialmedizinischer Dienst, Begutachtungen für Erwachsene
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23528, Fax: 0231-50-26789
E-Mail: 53begutachtung@stadtdo.de

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt - Betreuungsstelle
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231 50-24772, 0231 50-23510
Fax: 0231 50-23589
E-Mail: 53betreuung@stadtdo.de

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Religiöse Migrantengemeinden und Altenhilfe

Ein Forschungsprojekt der Katholischen Hochschule NRW

Immer mehr Menschen mit Migrationserfahrung in Deutschland werden pflegebedürftig, professionelle Pflege wird jedoch nur selten in Anspruch genommen. Gleichzeitig spielen Religiöse Migrantengemeinden (RMG) im Leben vieler Einwanderer eine wichtige Rolle. Am Institut für Teilhabeforschung der Katholischen Hochschule NRW in Paderborn erforscht ein Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Marc Breuer, welche Rolle RMG in der Unterstützung Älterer spielen können.

Mit dem Projekt möchten wir erfassen, welche Erfahrungen RMG mit älteren Einwanderern und deren Unterstützung haben und

welche Aktivitäten sie für Ältere anbieten. Darüber hinaus sollen Chancen und Herausforderungen für Kooperationen mit der Altenhilfe, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden untersucht werden. Dazu wurden Interviews mit Vorstandsmitgliedern von Moscheegemeinden, russlanddeutschen Freikirchen, katholischen Missionsgemeinden, jüdischen und christlich-orthodoxen Gemeinde geführt. Um die Perspektive der Altenhilfe und der Kommune einzubeziehen, veranstalteten wir außerdem in drei Großstädten in NRW Gruppendiskussionen mit professionellen Akteuren aus kommunalen Einrichtungen und Wohl-



fahrtsverbänden. Abschließend sollen Vertretungen von RMG, älteren Einwanderern und professionellen Akteuren der Integrations-

und Altenförderung miteinander ins Gespräch gebracht werden, um gemeinsam Handlungsschritte zur Verbesserung der Versorgungssituation vor Ort zu erarbeiten.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass alle untersuchten Gemeinden als Akteure einer Offenen Altenarbeit zu verstehen sind. Ein kleinerer Teil der Gemeinden bietet spezielle Angebote für Senioren an, wie zum Beispiel Informationsveranstaltungen zu professioneller Pflege. Nur wenige Gemeinden haben ambulante oder stationäre Pflegeangeboten eingerichtet. Die Gruppendiskussionen konnten zeigen, dass RMG in den untersuchten Großstädten als Koopera-

tionspartner gesehen werden, um z.B. zum Abbau von Vorbehalten gegenüber Pflegeheimen beizutragen. Außerdem stellen sie eine wichtige Kontaktmöglichkeit zu älteren Menschen mit Migrationserfahrung für die professionellen Akteure dar. Das Forschungsprojekt möchte dazu beitragen, Chancen und Barrieren der Kooperation von RMG mit Akteuren der professionellen Altenhilfe besser zu verstehen.

Wenn Sie an weiteren Informationen zu unserem Projekt interessiert sind, kontaktieren Sie uns gerne unter j.herrlein@katho-nrw.de.

Jannah Herrlein

Sensibilisierung für Demenz in Moscheen

Vortrag zur Tagung "Religiöse Migrantengemeinden und Altenhilfe"

Die Demenz unter Migrant*innen in Deutschland hat zugenommen. Obwohl es zu diesem Thema keine umfangreichen wissenschaftlichen Studien gibt, wird vermutet, dass es mehr als 120.000 Demenzkranke gibt.

Der Verbund der sozial-kulturellen Migrantengemeinden in Dortmund e.V., abgekürzt VMDO e.V., als sozialer Dienstleister hat erkannt, dass wir Dienstleistungen für ältere Menschen mit Demenz entwickeln müssen, die den besonderen Bedürfnissen der Migrant*innen in diesem Bereich gerecht werden.

In der Stadt Dortmund gibt es viele Angebote für Demenzkranke in deutscher Sprache. Eines der wichtigsten Herausforderungen bei Menschen mit Migrationshintergrund mit Demenzerkrankung ist jedoch, dass das erlernte Deutsch verloren geht und die Kommunikation nur noch in der Muttersprache möglich ist.

Wir haben zahlreiche Projekte, Symposien und Informationsveranstaltungen zu dem Thema "Demenz, Alter und Migration" durchgeführt. Das Ergebnis dieser Arbeit war die Gründung eines Entlastungsangebots in Form der Koordinierungsstelle für Demenzkranke, Pflegebedürftige und deren Familien.

Wer sind wir und welche Dienstleistung bieten wir an?

Während wir versuchten, die Dienstleistung "Häusliche Betreuung bei Pflegebedürftigkeit & Demenz" innerhalb des VMDO aufzubauen, erhielten wir Unterstützung von dem Demenz Service Zentrum der Stadt Dortmund. Im Jahr 2018 sind wir die ersten Schritte zum Aufbau einer Koordinierungsstelle für Demenzkranke, Pflegebedürftige und deren Familien gegangen. Im August 2019 erteilte das Sozialamt Fachbereich Senioren hierfür die Anerkennung. Die Zielgruppe der Koordinierungsstelle sind türkische ältere Menschen mit Demenz und ältere Menschen, die häusliche Pflege erhalten. Darüber hinaus sind es die Familien, die zur wichtigen Zielgruppe gehören.

Demenzranke Menschen mit Migrationshintergrund vergessen aufgrund der Krankheit das erlernte Deutschsprechen und fallen in die Herkunftssprache zurück. Mit unseren türkischsprechenden Ehrenamtlichen, können wir ältere Menschen durch unser Angebot unterstützen und Sprachbarrieren beseitigen. Warum bieten wir zuerst türkischen, älteren Migrant*innen



Dr. Gürsel Capanoglu

Foto: Kath. Hochschule NRW

und deren Familien unsere Dienstleistung an? Diese Entscheidung haben wir gemeinsam mit dem Demenz Service Zentrum Stadt Dortmund getroffen.

Dortmund ist eine Stadt, in der die Mehrheit der älteren Migrant*innen aus der Türkei stammen. Die Anzahl von Demenz Betroffenen ist daher innerhalb dieser Community im Verhältnis zu den anderen Migrantengruppen höher. Der Mangel an Dienstleistungen zur Deckung ihrer Bedürfnisse und der ihrer Familien (aufgrund von Sprachproblemen) veranlasste uns, diese Koordinierungsstelle für die türkischsprachige Community zu gründen. Wir bieten unsere Dienstleistungen zweimal pro Woche für 2-3 Stunden und je nach Bedarf an. Für die Angehörigen der Erkrankten bieten wir zudem Angebote in Form von sozialen Aktivitäten an, die eine Entlastung im Alltag bringen soll.

Informationsveranstaltungen

Als Koordinierungsstelle haben wir hauptsächlich in türkischsprachigen Moscheen und religiösen MOen Informationsveranstaltungen angeboten. Wir möchten natürlich, wenn unsere Arbeit zu guten Ergebnissen führt, auch anderen migrantischen Communities, z.B. älteren arabischen oder griechischen Menschen, unsere Dienstleistung anbieten.

Gründe, warum wir uns für Moscheen entschieden haben:

- Für konservativ/traditionell geprägte ältere türkische Migrant*innen gibt es eine Vielzahl von diesen Orten. Sie suchen diese regelmäßig auf, u.a. auch um ihre religiösen Pflichten auszuüben
- Es werden soziale Aktivitäten angeboten
- Das Informationsdefizit ist sehr

groß und für diese Dienstleistungen gibt es einen großen Bedarf

In Moscheen führen wir seit vielen Jahren Informationsveranstaltungen nicht nur zu Demenz, sondern auch zu Pflegegraden und -rechten, zum häuslichen Leben im Alter, zu Pflegeheimen und Tageseinrichtungen durch.

Neben Informationsveranstaltungen haben wir zahlreiche Fachtagungen durchgeführt, beteiligen uns an dem Runden Tisch, der aufgrund unserer Bemühungen seitens der Stadt Dortmund eingerichtet wurde. Des Weiteren wurde eine intensive Netzwerkarbeit betrieben.

Fortbildung von Ehrenamtlichen

Damit die gewonnenen Ehrenamtlichen für das Entlastungsangebot der Demenz- Koordinierungsstelle ihre Dienstleistung anbieten können, haben wir eine große Anzahl von Frauen geschult. 2018 fand die erste türkischsprachige, 40-stündige zertifizierte Schulung für 15 Ehrenamtliche mit einer 4-stündigen Hospitation in einem Pflegeheim und einer Tagespflege statt. Sie wurden über Demenz und der Unterstützung von Pflegebedürftigen geschult. An der Schulung haben nur Frauen teilgenommen.

Im Jahr 2019 veranstalteten wir die zweite Schulung erneut mit 15 Ehrenamtlichen. Mit insgesamt 30 türkischsprachigen Ehrenamtlichen haben wir unsere Entlastungsangebote begonnen. Unsere ehrenamtlichen Frauen arbeiten auch ehrenamtlich in Moscheen. Wir bieten unseren Ehrenamtlichen jedes Jahr Fortbildungen an. Während dieser Entlastungsangebote konnten viele neue Erfahrungen hinsichtlich der Situationen und Problemen von älteren, türkischen

Migrant*innen und ihrer Familien gewonnen werden. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, über die soziale Isolation älterer Menschen zu diskutieren, um bedarfsgerechte Angebote zu entwickeln.

Sensibilisierung für Demenz in Moscheen

Wenn ich über Moscheen spreche, meine ich hauptsächlich türkische Moscheen. Da sich unsere Arbeit und Angebote hauptsächlich an die türkische Community richtet, nehme ich diese Moscheen als Beispiele und gebe hierzu Informationen. In Dortmund haben wir hauptsächlich Informationsveranstaltungen in den Moscheen durchgeführt. In einigen religiösen Einrichtungen haben wir regelmäßige wöchentliche Treffen zu dem Thema "Alter und Migration" organisiert.

Über diese Infoveranstaltungen zu Demenz haben wir die Frauen gewonnen, die ehrenamtlich unsere Dienstleistung zur Entlastung der Demenzkranken und deren Familien arbeiten wollten. Die Moscheen bieten von sich aus keine systematisch-unterstützenden Angebote für ältere Menschen an. Festgestellt habe ich, dass Hospizschulungen für Sterbebegleitung angeboten wurde.

Die älteren Menschen gehen in erster Linie für ihre Religionsausübung in die Moscheen. Die morgendlichen Frühstücksangebote einmal im Monat, bieten eine Abwechslung im Alltag und ein Mindestmaß an sozialem Leben der älteren Menschen an. Die Moscheen sind der einzige Ort der ersten Generation der türkischen Migrant*innen, die nun in der Migration gealtert sind, die ihre seelischen und sozialen Bedürfnisse erfüllen.

Aus diesem Grund ist es möglich, an diesem Ort für das Thema Demenz eine Sensibilisierung zu schaffen und hilfebedürftige Menschen und ihre Familien zu erreichen. In der türkischen Gesellschaft wurde bisher Demenz als ein natürlicher Prozess des Älterwerdens angesehen. Dieser Standpunkt ist immer noch weit verbreitet. Manchmal isoliert die Familie aus Scham, die an Demenz erkrankte Person und hält diese Person von gesellschaftlichen Aktivitäten fern.

Bei den von uns angebotenen Infoveranstaltungen und den Gruppentreffen in Moscheen klagt eine große Mehrheit der Frauen über

Depressionen.

Manchmal kommen verzeilt Frauen zu mir und erzählen heimlich, dass bei ihnen die Vergesslichkeit begonnen hätte und was sie tun können. Dieser Hinweis auf die Scham ist ein soziales Problem, das gelöst werden muss.

Um eine demenzfreundliche Umgebung in Moscheen zu schaffen, möchte ich kurz das folgende Beispiel geben:

Ein Mann über 70 Jahre alt, mit jahrelanger Demenz – Alzheimer, der einzige Ort, den er alleine aufsucht, um zu beten, ist eine bestimmte Moschee. Bevor er krank wurde, ist er immer zu dieser Moschee gegangen. Als er begann den Hoca während seiner Predigt zu unterbrechen und zu beleidigen, hat man ihm mitgeteilt, dass er nicht nochmal kommen solle.

Dieser Mann hat nach dem Hausverbot seine Wohnung nicht mehr verlassen. Weder Hoca noch der Gemeinde war bekannt, dass er demenzkrank war. Das Beispiel zeigt ganz deutlich, dass die Gesellschaft über Demenz informiert werden und sich für eine demenzfreundliche Gesellschaft einsetzen muss.

Warum sind Moscheen wichtig?

Ein großer Teil, der in Deutschland lebenden türkischen Gemeinschaft ist ziemlich religiös. Auch wenn sie nicht besonders religiös sind, werden Moscheen als ein Ort angesehen, an dem sie ihre Identität und Religion leben können.

Es gibt Verse im Islam, die über die Unterstützung von älteren Menschen handeln. Während der religiösen Feste werden ältere Menschen von den Ehrenamtlichen der Moscheen besucht, manchmal überbringt man Geschenke oder Essen. Aber diese Angebote werden nicht regelmäßig angeboten. Für Menschen mit Demenz und ihre Familien muss aber an diesem Ort eine grundlegende Arbeit geleistet werden. In einer demenzfreundlichen Moschee sollten z.B. Gebete für Demenzkranke und ihre Familien organisiert werden.

Das Lesen des Korans beruhigt Muslime mit Demenz. Religionsausübung gibt dieser Person mehr seelische Unterstützung. Sie fühlt sich besser. Wir haben dies bei unseren eigenen Patienten festgestellt.

Zwei unserer Demenzpatientinnen hatten den Koran lange Zeit nicht

gelesen, da sich keiner um sie kümmerte. Unsere Ehrenamtlichen haben den Wunsch des Koranlesens bei ihnen erkannt und haben mit ihnen regelmäßig den Koran gelesen. Dadurch konnte eine Frau wieder den Koran selbständig lesen und die andere erinnerte sich wieder an einzelne Verse. Beide Frauen wurden viel ruhiger und hatten mehr Vertrauen.

Wir können daraus schlussfolgern, dass religiöse und kulturelle Aktivitäten sich positiv auf Demenzkranke auswirken können.

Besuche von Religionsstätten oder Museen können demente Personendazu bringen, sich seelisch besser zu fühlen, ihre spirituellen Gefühle zu stärken oder ihr historisches Wissen wiederzubeleben.

Ergebnis:

Infoveranstaltungen über Demenz in Moscheen werden die Moscheegemeinde für die Demenzerkrankten und deren Familien sensibilisieren, so dass sie sich bewusster ihnen gegenüber verhalten. Da Religion und Glauben einen unterstützenden Aspekt für religiöse, demente Menschen haben, ist es wichtig, dass Moscheen an der Demenz-Sensibilisierungsarbeit mitwirken.

Auch unsere Zielgruppe können wir in den Moscheen erreichen, so dass wir unsere ehrenamtlichen Helfer an Pflegebedürftige, ältere, demente Menschen schicken können.

Wenn die Moscheen die Arbeit von einer demenzfreundlichen Gesellschaft innerhalb ihrer eigenen Struktur systematisieren, wird Isolierung von Demenzkranken und ihren Familien größtenteils behoben und sie werden unterstützt. Menschen mit Demenz und ihre Familien sollten am kulturellen Leben teilnehmen, wie z.B. ins Kino gehen, daher muss die Umgebung so demenzfreundlich gestaltet und die Mitarbeiter*innen entsprechend geschult sein, so dass die Teilnahme tatsächlich möglich ist. Das gleiche gilt auch für Moscheen. Alle Barrieren müssen erkannt und entsprechend Abhilfe geschaffen werden. Moschee-Gemeinde und auch der Hoca müssen entsprechend geschult werden, so dass eine demenzfreundliche Gemeinde entstehen kann.

Dr. Gürsel Capanoglu
Tagung "Religiöse Migrantengemeinden und Altenhilfe"
07/08.09.2020
Katholische Hochschule NRW

Dortmunder Migrationsgeschichte(n):

Das neue „Oral-History-Projekt“ des Stadtarchivs Dortmund

Dortmund ist eine bunte und vielfältige Stadt. Bereits im Mittelalter war sie Ausgangspunkt und Ziel vielfältiger Wirtschafts- und Kulturkontakte. Doch erst die Industrialisierung machte aus der alten Reichs- und Hansestadt eine Metropole moderner Prägung, die Mensch aus den verschiedensten Regionen Europas eine neue Heimat bot. Stammen die frühen Zuwanderer noch aus geografisch benachbarten Regionen, zogen ab den 1870er Jahren verstärkt Menschen aus Ost- und Südosteuropa in die Stadt. In der jüngeren Vergangenheit stellt der Zweite Weltkrieg auch für die Dortmunder Zuwanderungsgeschichte eine wesentliche Zäsur dar. Wiederaufbau und wirtschaftlicher Aufschwung profitierten zunächst von der starken Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den ehemals deutschen Gebieten Osteuropas und von ausländischen Arbeitskräften, zu deren Anwerbung ab 1955 staatliche Abkommen geschlossen wurden.

Stadtgeschichte ist immer auch Migrationsgeschichte. Dennoch hatte insbesondere die jüngere Zuwanderung seit der Mitte der 1950er und verstärkt nach dem „Anwerbestopp“ von 1973 starke soziokulturelle Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft und den städtischen Raum. Bis heute ist die Wahrnehmung dieser Zuwanderung geprägt von der Perspektive offizieller Stellen und der Mehrheitsgesellschaft, die vielfach vorurteilsbehaftet ist. Die Perspektive der betroffenen Migrant*innen, ihrer Kinder und Enkel gerät erst seit kurzer Zeit stärker in den Fokus von Wis-



Ausstellung "Onkel Hasan" im Haus der Vielfalt 2015

Foto: J.Abolnikov

senschaft und Gesellschaft. Das Stadtarchiv Dortmund, als kulturelles Gedächtnis der Stadt, sammelt seit 2015 gezielt Informationen, Dokumente und Unterlagen zur Dortmunder Zuwanderungsgeschichte. Doch auch hier dominiert die amtliche Wahrnehmung. Was fehlt sind die Eindrücke, Erfahrungen, Einschätzungen und Wertungen der betroffenen Menschen im Sinne einer **alternativen „Geschichtserzählung“**.

Oral History ist eine in verschiedenen Wissenschaftszweigen erprobte und anerkannte Methode, die einen anderen Zugriff auf Geschichte jenseits von traditionellem schriftlichen Quellenmaterial ermöglicht. Anhand von

Interviews wird dem allgemein bekannten Geschichtsbild eine primäre Quelle zur Seite gestellt, in der die Betroffenen selbst unmittelbar zu Wort kommen. Die Einsichten, Anschauungen und Erlebnisse der Zeitzeugen werden so zum Teil des kollektiven Gedächtnisses.

Das Stadtarchiv Dortmund plant deshalb die Durchführung eines Oral-History-Projekts zur Gewinnung biographischer Informationen von Dortmunder*innen mit Migrationshintergrund. Die Ergebnisse werden im Rahmen von Veranstaltungen, wie öffentlichen Zeitzeug*innen-Gesprächen, und im Rahmen einer neuen Publikationsreihe des Stadtarchivs („Dortmunder Migrations-

geschichte(n)“) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. **Dabei ist das Stadtarchiv auf die Mithilfe von Dortmunder*innen mit Zuwanderungsgeschichte und der vielen Dortmunder Migrantenselbstorganisationen, Vereine und Verbände dringend angewiesen. Wir suchen Menschen, die bereit sind, uns Ihre Geschichten in einem Interview zu erzählen, das aufgezeichnet und dauerhaft in den Beständen des Stadtarchivs archiviert wird. Fotos, Briefe und Dokumente aller Art sollen das jeweilige biografische Bild nach Möglichkeit ergänzen.**

Wir bitten zunächst vor allem Dortmunder*innen als Zeitzeug*innen zur Mitarbeit, die in den 1950er-, '60er- und '70er-Jahren nach Dortmund kamen. Ihre unschätzbaren Erfahrungen möchten wir in der ersten Projektphase bevorzugt aufzeichnen und dem kollektiven Gedächtnis der Stadt hinzufügen.

Wenn Sie an der Mitarbeit durch Ihre Geschichte(n) interessiert sind oder wenn Sie Fragen haben sollten wenden Sie sich bitte an Dr. Hartwig Kersken am Stadtarchiv (hkersken@stadtdo.de; 0231-50 27597).

Stadtarchiv

Erinnerung an Angehörige und Freiheitskampf wach halten

Gedenkveranstaltung der tamilischen Bevölkerung vor dem Düsseldorfer Landtag



Foto: Senthil

Seit vielen Jahren gedenkt die tamilische Bevölkerung sowohl auf Sri Lanka als auch in der Diaspora am 27. November den tausenden Menschen, die im Freiheitskampf der Minderheit um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ihr Leben verloren.

Die diesjährige Veranstaltung fand pandemiebedingt vor dem Düsseldorfer Landtag unter freiem Himmel statt. An Stelle der üblichen mehreren tausend Personen war die Teilnahme auf 500 Personen beschränkt.

Mit Redebeiträgen, Musikeinlagen und Gedichten wurde auf der Versammlung vor dem Landesparlament den Verstorbenen gedacht und die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen des Regimes gefordert. Weitere kleinere Gedenkfeiern wurden in mehreren Bundesländern abgehalten.

Jahrzehnte des Bürgerkriegs endeten mit Völkermord

Seit Mitte der siebziger Jahre hatte auf der südost-asiatischen Insel ein Bürgerkrieg zwischen der sri-lankischen Armee und den sozialistischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) getobt, der erst vor elf Jahren sein Ende fand. Der während der Zeit des bewaffneten Konfliktes errichtete Defacto Staat im Norden und Osten mit dem Namen Tamil Eelam wurde durch den Einmarsch der Armee komplett zerstört. Vieles, was dort vor und nach dem 18. Mai 2009 passierte, ist bis heute ungeklärt. Gewissheit gibt es nur darüber, dass dort unvorstellbare, genozidale Kriegsverbrechen an den LTTE-Kämpfer*innen und der Zivilbevölkerung verübt wurden. Bis heute werden über 140.000 Menschen vermisst, die Zahl der politischen Gefangenen ist unklar. Das Regime unter Präsident Gotabaya Rajapaksa verhindert jede Aufklärung, gehörte er doch damals selbst zu den verantwortlichen Militärs.

Sri Lankas Regierung verhindert Gedenken

Eine besondere Brisanz erhalten die Versammlungen in diesem Jahr vor dem Hintergrund der aktuellen Repression auf Sri-Lanka. Dort wurden die jährlichen Zusammenkünfte erstmalig durch Polizei und Militär verhindert und mindestens sechs Aktivisten unter dem Vorwurf des angeblichen „Terrorismus“ inhaftiert. Zudem umstellten Sicherheitskräfte in der Stadt Kilinochchi, ei-

nem ehemals wichtigen Zentrum des entstehenden Staates, einen Massenfriedhof und hinderten Angehörige an der Grabpflege in Zusammenhang mit dem Gedenktag. Trauerfeiern konnten nur heimlich im familiären Kreis stattfinden.

Seit Jahrzehnten geht das Regime mit anhaltender Härte und Brutalität gegen die tamilische Bevölkerung vor. Pogrome singhalesischer Nationalisten mit belegter Unterstützung der Regierung zwangen in den achtziger Jahren viele Tamil*innen zur Flucht ins Ausland.

Tamilische Community in Dortmund

Die größte tamilische Gemeinde in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten in Dortmund etabliert. Zahlreiche tamilische Geschäfte rund um die Rheinische Straße prägen das Stadtbild im Unionviertel. Die in Dortmund ansässigen tamilischen Schulen sorgen ebenso wie die zahlreichen Kunst-, Literatur-, Frauen- und Jugendvereine dafür, dass die Kultur und Sprache der Community im Exil nicht verloren geht. Mit dem „Straßenfest der Tamilen“ fanden 2018 und im Unionviertel außerdem öffentliche Feste in der direkten Nachbarschaft statt, welche auch alle Bewohner*innen des Stadtteils dazu einluden, mehr über die tamilische Kultur, die Initiativen und die dahinterstehenden Menschen zu erfahren.

Die Forderung nach Anerkennung und Selbstbestimmung bleibt

Dazu gehört natürlich auch das politische Verständnis darüber, was in den letzten Jahrzehnten auf Sri Lanka, speziell in den tamilischen Gebieten, passiert ist. Deswegen fanden die Gedenkfeiern für die getöteten Freiheitskämpfer*innen von Tamil Eelam seit Ende der achtziger Jahre mit Unterbrechungen in der Dortmunder Helmut Körnig Halle statt. Sie bilden einen wichtigen Bezugspunkt der tamilischen Einwohner*innen zur Erinnerung und sind Ausdruck der weiterhin bestehenden Forderungen nach Anerkennung und Selbstbestimmung sowie der Freilassung der politischen Gefangenen und einem Ende der Verfolgung durch die sri-lankische Regierung.

Henning v. Stoltzenberg

„Staaten müssen Zugang zu Sanitärversorgung garantieren“

Weltweit besitzen 4,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu gesundheitlich unbedenklicher Sanitärversorgung. Auf diese Menschenrechtsverletzung weist FIAN Deutschland anlässlich des Welt-Toilettentags am 19. November hin. Auch 24 UN-Sonderberichterstatter*innen weisen in einer gemeinsamen Stellungnahme auf die problematische Situation hin. In vielen Ländern haben sich die Probleme durch die Hygiene-Erfordernisse in der Corona-Pandemie verschärft – auch weil 40 % der Weltbevölkerung zu Hause keinen Zugang zu Seife und fließendem Wasser haben.

Der Zugang zu sauberen Toiletten ist von den Vereinten Nationen 2015 als eigenständiges Menschenrecht anerkannt worden. Indien ist eines der Länder, in dem dieses Menschenrecht anhaltend verletzt wird. FIAN Deutschland veröffentlicht zum morgigen Welt-Toilettentag ein Factsheet über die dortige Lage.

In vielen ländlichen Regionen Indiens verrichten die Menschen aufgrund fehlender Toiletten ihre Notdurft im Freien. Die mangelnde Hygiene führt vor allem bei Kindern zu vermehrten Erkrankungen und Unterernährung. 2017 starben allein in Indien 706.000 Kinder unter fünf



Jahren an Untergewicht – zwei Drittel aller Sterbefälle in dieser Altersgruppe. „Aufgrund der Corona-Pandemie wiegen diese Menschenrechtsverletzungen besonders schwer. Unzureichende Hygiene-Möglichkeiten fördern die Verbreitung des Virus und können zum Ausbruch von Co-

vid-19 führen“, erläutert Gertrud Falk, Menschenrechtsreferentin von FIAN Deutschland. 2014 hat der indische Staat mit der „Mission Sauberes Indien“ das Ziel verkündet, den weit verbreiteten Stuhlgang im Freien bis zum Jahr 2019 zu beenden. Gemäß staatlicher Angaben wurden lan-

desweit die Errichtung von rund 100 Millionen privaten Toiletten gefördert. Scheinbar ein voller Erfolg. Doch wissenschaftliche Untersuchungen kommen zu ernüchternden Ergebnissen: In den vier nordindischen Bundesstaaten Bihar, Uttar Pradesh, Rajasthan und Madhya Pradesh praktizierten im Jahr 2018 von den 70 Prozent der Bevölkerung, die eine Toilette besaßen, immer noch 23 Prozent eine Darmentleerung im Freien. Grund für die eklatanten Missstände ist die unzureichende Infrastruktur für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. „Viele ländliche Regionen sind weder an das Wassernetz noch an die Kanalisation angeschlossen“, beklagt Gertrud Falk. „Der indische Staat müsste dringend für diese notwendige Infrastruktur sorgen, um seinen menschenrechtlichen Pflichten gerecht zu werden und das Menschenrecht auf Sanitärversorgung zu garantieren.“

FIAN Deutschland e.V.

Kommentar: Viktoria Waltz

Integrationsratswahl 2020 – nur ein tiefer Seufzer!

Der VMDO hat nur eine Stimme in den Integrationsrat bringen können. Was ist der Grund? Bei 62 Mitgliedsvereinen war nicht mehr drin (1.076 Stimmen) als bei der AfD (1.274 Stimmen)? War man sich zu uneinig? Haben die Missstimmungen des letzten Sommers gespalten? Wären zum Beispiel die afrikanischen Vereine und Train of Hope dabei, hätte man mehr als die CDU-Liste gewinnen können! Ok, es wurden mehr Wähler*innen gewonnen! Aber insgesamt ist doch die Wahlbeteiligung nach wie vor eher enttäuschend.

Fehlte es bei den Bewerber*innen und den möglichen Wählern*innen an der wirklichen Überzeugung, an Motivation für dieses nur beratende Gremium? Auch das könnte man verstehen.

Es zeugt von der längst erfahrenen Geringschätzung des Integrationsrates, wenn ausgerechnet die Wahlergebnisse für dieses Gremium erst mit drei Tagen Verspätung veröffentlicht werden und das auch nicht in der Wahlbewertung vorkommt! Was nützt es, wenn Frau Tekin des alten Integrationsrates sich in der Zeitung aufregt? Es geht doch um etwas Grundsätzliches, um die Frage: Wie erhält der Integrationsrat mehr Gewicht, was ist dafür die richtige Strategie? Es geht nicht mehr um Wohlwollen!

Auffallend war bei diesen Kommunalwahlen, dass die meisten Parteien Dortmunds viele Kandidaten*innen mit einer sogenannten Migrationsgeschichte präsentiert haben. Haben nur Dortmunds Zuwanderer*innen mit deutscher Staatsbürgerschaft einen Wert, weil Wählerinnen? Ist der Integrationsrat dann „nur“ noch Sprungbrett auf Bewährung für bessere Posten in den großen Parteien?

Die Frage bleibt, haben die Integrationsräte in der Kommunalpolitik überhaupt einen Wert für sich?

Was soll, darf denn ein Integrationsrat überhaupt?

Er kann sich mit allen Angelegenheiten des Rates und seinen Ausschüssen befassen, von A wie Abwasser bis Z wie z.B. Zentrumsplanung. Aber er ist nur „beratende“ Stimme! Er kann Stellungnahmen zu allen Beschlussvorlagen abgeben und Anregungen. Keine seiner Anregungen sind verbindlich und keine Stellungnahme führt automatisch zu Beschlüssen des Rates. Alles hängt vom Wohlwollen der Ratsparteien ab! Er darf Experten hören und zu für die Zuwanderer*innen wichtigen Themen Arbeitskreise bilden, und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Haben die bisherigen Integrationsräte besser als die damaligen Ausländerbeiräte dies alles ausgeschöpft? Wenn man die Ergebnisse überprüft, die soziale Lage der Migrant*innen in Dortmund ist doch die Frage: ist man weitergekommen, weit genug??

„Wahlprüfsteine“ sozusagen auch hier?



Viktoria Waltz

Foto: Cornelia Suhan

Der NRW Integrationsrat empfahl den Kandidaten*innen vor den Wahlen 2020 z.B. „Themen“ wie: *Natürliche Zweisprachigkeit in den Schulen, Bilingualer Unterricht, Ausbildungsplätze, Lebenssituationen der Senioren, Integration durch Sport, Interkulturelle Öffnung der Verwaltung.* Wohlgeachtet „Themen“, nicht Ziele! In den Wahlprogrammen 2020 in Dortmund finden wir dazu die „alten“ großen „Ziele“, wie *„Kommunales Wahlrecht, Doppelstaatsbürgerschaft, Antidiskriminierungsgesetz“* und ebenso alte generelle Forderungen wie *„Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und gleichberechtigte Teilhabe an der Entwicklung der Stadt im Allgemeinen.“*

Zwei Perioden sind vorbei – wie sieht die Integrations-Bilanz aus?

Die städtischen Akteure sind MI-ADOKI (2012 gegründet) und die entsprechenden Ämter auf der Basis des Masterplans Integration (2005 haben die Beratungen begonnen). Zentrale Ziele sollten damals sein: Integration als Querschnitt und Integration durch Bildung. Dazu gibt es zwei Sachstandsberichte von 2015 mit dem Ziel „Gerechte Chancen auf Bildung“ und 2019 ergänzt durch drei weitere Aspekte, nämlich „Arbeit und Unternehmen“, Soziale Balance in den Stadtteilen“ und „Weltoffene Stadt“.

Es fällt auf:

Es gibt nur eine einzige belastbare Zahl des Erfolges: 2018 haben 24% der Azubi-Neuanfänger bei der Stadt Migrantische Geschichte! Aber es gibt zum Beispiel immer noch Schulabgänger ohne Abschluss, 15% bei den Nichtdeutschen gegenüber 7% bei den Deutschen! (aus: Aus „Integrationsmonitorin NRW. de zur Situation in Dortmund 2018/19“) Als immer noch: „Vom Guten die Hälfte, vom Schlechten das Doppelte“?

Im Übrigen erfährt man 2015 etwas über viele geplante Projekte, die Schaffung eines „Orientierungsrahmens“ für durchgängige Sprachbildung, die Zusammenarbeit mit den Migrant*innenorganisationen, jedoch eine „Erfolgsbilanz“?

Wie und wo zum Beispiel wurde oder wurde überhaupt die geplante Mehrsprachigkeit bis 2019 gestärkt? Wie und wo wurde oder wurde überhaupt die „In-

tegration als Querschnittsaufgabe“ in den städtischen Institutionen, Schulen, Arbeitsämtern, Wohnungsämtern etc. verfolgt und mit welchem Ergebnis? Was sagen die Statistiken dazu und wo hat sich etwas zum Positiven durch die Aktivitäten aus dem Masterplan verbessert?

Und was noch auffällt: die Berichte wurden offenbar nur „Zur Kenntnis“ genommen. Welche „Fragen, Bedenken, Ergänzungen und Anregungen“ kamen denn vom Integrationsrat?

Was also nützen hehre und wiederholte Forderungen zu einer Wahl, wenn sie gar nicht im kommunalen Handeln vorkommen und offenbar nicht gehört werden oder umgesetzt werden können?

Ist es nicht an der Zeit nach nun zwei Perioden Integrationsrat Résumé zu ziehen, was in Zahlen erreicht werden konnte, ob mehr möglich war, den Auftrag zu erfüllen?

Zu erwarten wäre doch eine Berichterstattung

- was wurde getan um das Kommunale Wahlrecht in NRW zu erreichen?
- Was wurde getan, um die Doppelstaatlichkeit zu ermöglichen?
- Wie sieht die Versorgung der Migrant*innen mit angemessenen Wohnraum in Dortmund aus? Was wurde versucht, was wurde erreicht? Was sagen denn die Statistiken?
- Wie sieht die Schule in den einschlägigen Stadtteilen aus? Gibt es flächendeckend Muttersprachlichen Unterricht? Für welche Sprachen? Ist Zweisprachigkeit mehrheitlich vorhanden?
- Gibt es überhaupt genügend ausgebildete Kitakräfte, angemessen bezahlt, weil sie eine multikulturelle Ausrichtung ihrer Arbeit erlernt und praktiziert haben?

In diese Richtung müsste ein Integrationsrat seine Anerkennung und Wertschätzung einfordern: in handfesten Zahlen, was war geplant, was wurde erreicht, was muss sich ändern, was kommt neu dazu? Dazu müssten Experten zu neuen Themen eingeladen werden, zur eigenen Beratung und zur Entwicklung von Vorschlägen, Maßnahmen oder Überprüfungen.

Wenn die Gestaltungskraft am den Ratsbeschlüssen scheitert, dann muss das thematisiert und in die Öffentlichkeit getragen werden.

Es muss schon Hand in Hand gehen, sonst bleibt der Integrationsrat ein Beschäftigungstrüppchen, zugeschüttet mit tausenden Vorlagen aus Rat und Ausschüssen.

Ein Programm, konkrete Ziele für jedes der nun folgenden fünf Jahre wäre nützlich, um auch die eigene Erfolgsbilanz durchführen zu können.

Wenn man machtlos ist, muss man die Macht mit Fragen und Untersuchungen herausfordern. Dazu aber muss man sich aber überhaupt einig werden und nicht um Pöstchen streiten.

Ist ein kleines Schild fähig die Wahrheit in den Schatten zu stellen?



Ein Vorhang ist meistens da, um die Sichtbarkeit der Dinge zu verhindern und um die Sicht nach außen zu verdecken. Wenn es nicht erwünscht ist, das Gesehene wird, was läuft und wie es sich abspielt, wird es schnell hinter einem großen Vorhang versteckt. Manchmal passieren aber komische Dinge, wie es auch hier der Fall ist. Die Gardine ist so "klein", sodass es sie so komisch ist wie die Türbe (das Grabmal) des Nasrettin Ho-

dscha, deren Tür zwar verschlossen ist, während aber gleichzeitig auch ihre Wände fehlen.

Das Schild an dem Dietrich-Keuning Park erweckt auch ein derartiges Gefühl, wenn man an das denkt, was sich im und um den Park so abspielt. Denn dieses Schild ist zu klein für das, was sich in diesem Gebiet abspielt. Man kennt und sieht den großen Park. So wirkt das kleine Schild etwas zu "klein". Auf diesem Schild steht

insgesamt in 8 Sprachen geschrieben (unter anderem in Türkisch, Englisch, Französisch, Spanisch auch) "Dieser Park gehört uns allen! Hier wollen wir keinen Alkohol! Wir wollen hier keine Drogen haben!"

Natürlich ist es leichter "einen Vorhang zu zuziehen", als die Probleme zu lösen. Es ist ja gar kein Geheimnis, dass in diesem Park öffentlich Drogen verkauft werden und in dem AlkoholikerInnen zu Hause sind und sehr viele weitere Probleme vorhanden sind, bringt so ein Schild natürlich den Menschen auf folgende Gedanken. Als in der Türkei der Familienname gesetzlich eingeführt wurde, bekamen z.B diejenigen, die keine Türken waren, den Familiennamen wie Öztürk (echter Türke) oder als faul geltende Menschen wurden Caliskan (Fleißig) genannt. So hoffen wir natürlich auch, dass dieses Schild mit dem Hinweis: "Hier wollen wir kein Alkohol haben! Wir wollen hier keine Drogen haben!", dabei hilft, den Park zu einem sauberen und sicheren Ort zu machen. Wir hoffen auch, dass alle mit einem guten Gefühl an diesem Schild vorbeilaufen können und ihren Weg gehen oder in die Bahn einsteigen. Und vielleicht auch auf einer der Bänke Platz nehmen und im Schatten die Atmosphäre genießen können. (Nordstadt/SdN)

Bezant e.V.

Arbeiterbrief:

"Ich komme mir vor, als wäre ich ein Sklave"

Über das Arbeitsleben wird gerade sehr viel gesprochen. Ich bin einer von denen, die der deutsche Schriftsteller Günther Wallraff in seinem Buch als "Ganz Unten" Stehende bezeichnete.

Ich schreibe euch jetzt als die Stimme der ganz unten stehenden Menschen. Nach meiner Heirat kam ich nach Deutschland. Vielleicht kommt ihnen meine Geschichte ja bekannt vor. Ich bin eine Exportbraut, über die schon auch Romane geschrieben worden sind.

Die Schwierigkeiten und Probleme, denen eine Exportbraut gegenübersteht, werden mich wohl auch bis zu meinem Tode begleiten.

Ich verließ mit meiner Tochter zusammen Süddeutschland und zog nach Dortmund um. Ich lieb mir Geld aus und fand eine Wohnung in der Mensch auch einigermaßen wohnen konnte. Nach meinem Umzug begab ich mich auf die Suche nach einer Arbeit. Mir blieb ja auch nichts anderes übrig. Für mich fing somit eine ganz neue Lebensetappe an. Mein Deutsch reichte nicht aus, ich hatte keinen Beruf erlernt. Dann lief ich in ein Imbiss rein. Ich hätte schließlich auch jede Arbeit aufgenommen. Ich fing an zu putzen. Ich wurde in diesem Imbiss als Putzkraft eingestellt. In der Zeit sammelte ich auch Erfahrung hinter der Theke, lernte den Ofen zu bedienen etc.. So fing ich an in diesem Imbiss auch andere Aufgaben zu übernehmen.

Alle Arbeitgeber erwarten, dass der Arbeiter schnell arbeiten soll und sehr sauber ist. Wenn einige Tage ein paar Pizzas weniger

verkauft werden, wird die Schuld direkt auf den Arbeitnehmer abgewälzt. Sie erwarten, dass der Arbeitnehmer sehr schnell arbeitet, viel arbeitet und sich mit einem niedrigen Lohn zufrieden stellt. Die Einnahmen des Arbeitgebers sollen immer weiter steigen. Eine Restaurantarbeiterin zu sein, ist sehr schwer. Diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind, würden niemals hier arbeiten. Es wäre auch nicht logisch, wenn sie dies täten. Nur Migrant*innen, die die Sprache nicht beherrschen oder Leute, die keinen Beruf erlernt haben, würden so eine Arbeit machen. Für Frauen stellt sich diese Arbeit als eine noch schwierigere als für Männer.

Denn du stehst 9-10 Stunden am Tag auf den Beinen. Du darfst keine Pause machen. Du bist ständig beschäftigt. Der niedrige Lohn ist zudem auch noch sehr knapp. Der Arbeitsbeginn steht zwar fest aber wann der Arbeitstag enden soll, steht in den Sternen geschrieben. Wenn du z.B. als Geschirrspüler eingesetzt wirst, darfst du nicht einfach Feierabend machen, wenn du deine Arbeitsstunden voll hast. Der Arbeitgeber stellt dir ununterbrochen dreckiges Geschirr auf den Tisch. Wenn du an dem Ofen arbeitest, wird immer weitere Bestellungen aufgenommen und du sollst das bestellte Essen zubereiten. Dass sie mehr arbeiten, sieht man kaum. Wenn du aber ein Tag früh Feierabend machen willst, geht es auf keinen Fall!

Ich weiß nicht, warum wir Arbeiter immer schweigen und wovor wir uns so fürchten? Aber das ist halt so, wie es ist. Wenn wir uns

nicht für unser Recht einsetzen, bekommen wir es niemals vom Arbeitgeber geschenkt. Das gemeinsame Motto aller Arbeitgeber lautet: "Lasst die Arbeiter länger arbeiten und gebt ihnen einen niedrigen Lohn." Die Arbeiter sind und bleiben allein. Es gibt weder eine Gewerkschaft noch eine andere Institution, die sich für uns einsetzt. Wir haben den Namen der Gewerkschaft gehört, aber werden nicht ihr Mitglied. Es gibt auch keinen Grundlohn für Imbissarbeiter. Jeder Arbeiter verhandelt seinen Lohn mit dem Arbeitgeber privat. Keiner weiß, was der andere verdient.

Ich fühle mich, als ob ich ein Sklave bin. Ich empfehle niemandem diesen Job zu machen. Es gibt keine Arbeitsteilung. Es gibt keine feste Definition der Tätigkeit. Ihre Grenzen sind nicht festgelegt. Du schneidest das Dönerfleisch, servierst, putzt den Boden, bedienst den Ofen, backst Pizza. Egal was auch ansteht, diese Arbeit musst du machen. Du arbeitest ständig auf hohem Tempo. Jetzt kam auch zusätzlich noch die Corona-Pandemie dazu. Unser Leben wurde dadurch auch noch schlechter. Wir haben weniger Kundschaft gehabt. Wir müssen immer noch mit Maske arbeiten. Wir blieben einen ganzen Monat zu Hause. Wir bekamen in dieser Zeit keinen Monatslohn. Wir mussten mit der Kurzarbeitergeld auskommen. Wir müssen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Wenn die Beschäftigten sich nicht organisieren, werden all diese Probleme nicht gelöst.

(Deutsche Übersetzung: Özgür Metin Demirel)

5 Jahre Bundesverband NeMO

Neue politische Stimme lokaler Verbände in Deutschland

17. September 2015: In Dortmund wurde der Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen (BV NeMO) gegründet: unabhängig von Kirchen, Parteien und Regierungen und vor allem herkunft- und kulturübergreifend. Aus sieben Verbänden, die sich zu dem „Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e.V. (NeMO)“ zusammengesetzt haben, sind es heute 20 geworden; bei der letzten Mitgliederversammlung Ende November zwei weitere hinzugekommen. In den lokalen Verbänden sind heute bundesweit ca. 700 Migrant*innenorganisationen zusammengeschlossen. Die Verbände sind nicht mehr wegdenken: sie sind nahe bei den Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte und haben eine einflussreiche lokale Stimme.



Foto: Alex Serdyuk

18. September 2020: In Dortmund kommen Aktive aus 30 Städten Deutschlands zusammen, die sich seit 2016 in der lokalen Flüchtlingsarbeit engagieren. Sie alle – Koordinator*innen und ehrenamtlich Aktive – gehören zum Projekt samo.fa. samo.fa steht für „Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen“ und baut auf lokalen Vereinen und Verbänden von Migrant*innen, die wie kaum

renamtlich Aktive – gehören zum Projekt samo.fa. samo.fa steht für „Stärkung der Aktiven aus Migrant*innenorganisationen“ und baut auf lokalen Vereinen und Verbänden von Migrant*innen, die wie kaum

jemand sonst imstande waren, auf die drängendsten Bedürfnisse der geflüchteten Menschen – mit Sachverstand und gebündelter Erfahrung – einzugehen und sie auf ihrem schwierigen Weg in den

neuen Alltag zu begleiten. samo.fa ist eines der wichtigen Projekte des Bundesverbands Netzwerke von Migrant*innenorganisationen.

2015 – 2020: Fünf Jahre Bundesverband NeMO, das ist eine Er-

zen und für Teilhabe einzutreten. Menschen und Migrant*innenorganisationen leisteten einen besonders unverzichtbaren Beitrag.

In Deutschland engagieren sich 31

Millionen Menschen freiwillig. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. samo.fa mit Hunderten von ehrenamtlich Aktiven, die sich engagieren, ist ein Teil davon und gutes Beispiel, aktuell in besonderer Weise in der Corona-Krise. Deswegen war diese Dortmunder Tagung eine gute Gelegenheit, die Arbeit der ehrenamtlich Aktiven in besonderer Weise zu würdigen. Begrüßt werden die Ehrenamtlichen – per Videobotschaft – von der Staatsministerin und Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Annette Widmann-Mauz, und persönlich vom Dortmunder Stadtdirektor Jörg Stüdemann.

BU: Am Eröffnungstag der samo.fa Bundesnetzwerksitzung, **den 17.09.2020**, trafen sich die Sitzungsteilnehmenden zu einer Mini-Performance „Wir sind Viele“ vor dem Alten Rathaus Dortmund, **also dort, wo auf den Tag genau vor 5 Jahren der BV NeMO ins Leben gerufen wurde.**

Irina Serdyuk

Dr. Ümit Koşan: Rückblick auf 2020

Das Jahr 2020: Wenn die Zeitgeschichtsforscher in einigen Jahren auf dieses Jahr zurückblicken werden, dann werden sie – davon bin ich überzeugt – von einem tiefen Einschnitt im gesellschaftlichen und politischen Leben Deutschlands (und weltweit) sprechen. Das gilt in kleinerem Maßstab auch für uns und unser Projekt samo.fa.

- Als wir vor einem Jahr mit samo.fa plus für 2020 und 2021 starteten, war unsere Planung noch auf die Kontinuität der Arbeit für und mit Menschen mit Fluchtgeschichte vor Ort ausgerichtet, und zwar sowohl auf jene, die seit 2015 gekommen sind und sich immer noch auf einem langen und z.T. schwierigen Weg in den neuen Alltag befinden, und natürlich auch auf neu ankommende Flüchtlinge. Denn: Flucht und Asyl bleiben aktuell, Einwanderung steht nicht still. Der Terroranschlag in Hanau am 19. Februar, die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas und die black-lives-matter-Bewegung haben u.a. dann dazu geführt, diesen zweiten Schwerpunkt präziser als Anti-Rassismus-Arbeit zu fassen.

2019 zeigten: unsere Städte sind in diesen Jahren anders geworden, vielfach auch durch Impulse und Anregungen von samo.fa und den sie tragenden Migrant*innenorganisationen: sie haben sich in vielfältiger Weise weiter geöffnet, sind auch von ihrem Selbstverständnis und von ihrer Politik her nun endlich mehr Einwanderungstädte geworden. Dennoch: Auch schon vor Corona blieb in vielen Fällen das Verhältnis der städtischen Verwaltung und Politik zu uns zwiespältig/widersprüchlich:



Dr. Ümit Koşan

- Das, was ich gerade erwähnt habe, gehört schon zu den Ereignissen, die das Jahr 2020 besonders turbulent gemacht und uns vor besondere Herausforderungen gestellt haben. Denn dann kam Corona. Nach sehr kurzer Schreckstarke haben wir unsere Arbeit auf Corona-Bedingungen umgebaut – viele Berichte auf unserer Homepage zeugen davon. Die ehrenamtlich Aktiven rückten erneut – so wie 2016 – ins Zentrum des Handelns. Das ist auf unserer Bundesnetzwerksitzung ausführlich besprochen und gewürdigt worden, u.a. mit einer Videobotschaft von Staatsministerin Widmann-Mauz.
- Die Corona-Krise stellte aber auch auf den Prüfstand, ob und wie sich unsere Städte seit 2016 verändert haben. Das war zentrales Thema unserer Bundesdialogkonferenz, die wir digital im Oktober durchgeführt haben. Unsere Erfahrungen und die Querauswertung der Städtedossiers

- Gern wurden unsere sozialen Dienstleistungen und unsere Möglichkeiten der vertrauensvollen Kontakte mit Geflüchteten in Anspruch genommen; unsere Kompetenz wurde zunehmend anerkannt. Aber: von einer Teilhabe „auf Augenhöhe“ konnte in den meisten Fällen keine Rede sein, weder in Steuerungsgremien noch auf der strategischen Ebene. Ausnahmen bestätigen die Regel. Es gab Teilhabe-Fortschritte, aber sie blieben gebremst.
- Zu den Fortschritten zählt auch, dass immer mehr Städte dem Netzwerk „Sichere Häfen“ beigetreten sind. Dieser Schulterschluss muss verstärkt werden; das wurde auch auf der Mitgliederversammlung des BV NeMO beschlossen.

Corona zeigt nun: In vielen Fällen erfolgt die Teilhabe von uns an

der Gestaltung der Bewältigung von Corona und deren sozialen und politischen Folgen nicht so, wie dies nötig wäre. Denn wir sind nahe bei den Menschen und eben auch bei jenen, die in Corona und bei den Folgen besonders verletzlich sind.

- Jetzt, wo das „Kind in den Brunnen gefallen“ ist, sind wir also erneut unverzichtbar. Unsere Forderung, uns in das lokale Krisenmanagement „auf Augenhöhe“ miteinzubeziehen, ist also aktueller denn je. Denn es ist schon eingetreten, was wir befürchtet haben: eine erneute Periode hoher Infektionsgefährdungen und verschärfter negativer sozialer Folgen einrichten. Noch einmal: Dem starken Engagement von Migrant*innen-Organisationen für ein solidarisches und friedliches Zusammenleben „vor Ort“ – gerade auch in der Corona-Krise – muss entsprechen, dass sie durch Teilhabe „auf Augenhöhe“ und ausreichende und regelhafte Unterstützung anerkannt werden.

Einige wenige Hinweise müssen genügen, um auf die Brisanz hinzuweisen, die in diesem Jahr steckt und deren Auswirkungen unsere Arbeit auch im Jahr 2021 stark beeinflussen werden.

- Gewissermaßen im Schatten der Corona-Krise verschlech-



samo.fa Dialogkonferenz im September 2020

Foto: J.Abolnikov

tert sich die Lage vieler Menschen mit Fluchtgeschichte schon jetzt. Neben den gesundheitlichen Risiken und den prekären Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt ist vor allem die Wohnsituation besorgniserregend. 53.000 Menschen leben in Aufnahmeeinrichtungen der Länder. Der Anteil der Menschen mit Fluchtgeschichte, die in Sammelunterkünften leben, ist zuletzt sogar gestiegen. Und auch in 2019 waren im Übrigen nur 45 % dezentral untergebracht. Wohnen wird deshalb ein Schwerpunkt unserer Aufmerksamkeit sein müssen; aktuell führen wir zusammen mit dem Anti-Rassismus-Projekt eine erste Serie von Multiplikator*innen-Schulungen durch.

- Beängstigend ist bei den, gegen die Corona-Politik gerichteten, Demonstrationen die sichtbar werdende Allianz der Leugner, Rechtsradikalen und Verschwörungstheoretiker. Anette Kahane, die Vorsitzende der Antonio-Amadeu-Stiftung hat Recht, wenn sie sagt: „Verschwörungstheorien haben immer ein antisemitisches Betriebssystem“; allgemeiner kann man sagen: Verschwörungstheorien sind immer auch rassistisch.

- Schließlich spielt sich entlang der Grenzen Europas eine Flüchtlingskatastrophe größten Ausmaßes ab. Die aktuellen Bilder von den Kanarischen Inseln zeigen dies; viel weniger bekannt ist z.B. die Lage von Tausenden von Flüchtlingen in Bosnien in der Nähe der Grenze zum Kosovo. Die EU-Asylpolitik ist und bleibt genauso skandalös wie die

Blockadehaltung der Bundesregierung gegenüber der weiteren Aufnahme von Geflüchteten – trotz der klaren Positionierung der Städte „Sichere Häfen“ in einer Videokonferenz mit Frau Merkel.

- Was jenseits aller Bekundungen zur Menschlichkeit wirklich passiert, zeigt sich darin, dass im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahr 35 % weniger Aufnahmeanträge beim BAMF registriert wurden. Pro Asyl weist darauf hin, dass eine große Zahl der vom BAMF ausgesprochenen Ablehnungen von Asylanträgen den gerichtlichen Überprüfungen nicht standhält. Die Abschottung scheint also aktuell zu funktionieren, obwohl – wie die Städte „Sichere Häfen“ nicht zu betonen aufhören, durchaus Aufnahmekapazitäten bestünden. Klar ist aber: so sind Fluchtbewegungen nicht zu stoppen; aber zugleich wird das Asylrecht weiter unterhöhlt.
- Daraus folgt: Flüchtlingsarbeit vor Ort ist Daueraufgabe. Und: Für uns als Migrant*innen-Organisationen reicht es nicht aus, dass wir uns kümmern, wir müssen uns aktiv und kritisch, verstärkt und hörbar mit der gegenwärtigen
- Einwanderungspolitik auseinandersetzen.
- Es ergibt sich für unser Handeln also dieser Vierklang: Sich kümmern, Teilhabe einfordern und qualifiziert praktizieren, Bündnisse schließen, Stimme laut und deutlich erheben.

„Die große Einschränkung erzeugt Unsicherheit und Ängste“

Interview mit Felix Toker, Leiter Kinder- und Jugendtreffs KiVi

Was unterscheidet den KiVi von anderen Jugendfreizeitstätten?

Die Besucher/innen setzen sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten zusammen, wir können eine sehr hohe Beziehungsqualität zu den Besucherinnen und Besuchern anbieten, da unsere Öffnungszeiten: 6 x die Woche von 15 Uhr bis 19 Uhr und am Wochenende Samstag von 14 Uhr bis 19 Uhr und am Sonntag von 14 bis 18:00 Uhr diese Verlässlichkeit stärkt und bei den Kindern und Jugendlichen unserer Zielgruppe von 6 bis 14 Jahren die nötige Bindung und den Aufbau für ein vertrauensvolles, ehrliches und offenes Miteinander fördert. Der KiVi versteht sich:

- als ein kompetenter Ansprechpartner in Kinder- und Jugendfragen,
- leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur und damit der Lebens- und Sozialisationsbedingungen im Stadtteil Innenstadt West,
- berücksichtigt die Interessen unserer Zielgruppe,
- findet Stärken für Eigeninitiative und Mitverantwortung,
- baut Benachteiligungen ab, dabei werden geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt
- mögliche Fehlentwicklungen werden auch in Zusammenarbeit mit Kooperationspartner im Stadtteil entgegenwirkt
- als ein bedürfnis- und lebenslagenorientiert niedrigschwelliger, offener Freizeitraum

In der Vergangenheit kamen mehr Kinder und Jugendliche mit einer Fluchtgeschichte aus eigenem Antrieb zum KiVi, durch die

Sprachkurse der Eltern im Haus der Vielfalt haben sie von unseren Angeboten erfahren oder auch von Freunden und Gleichaltrigen. Auch Sie mögen die Sport- und Spielangebote wie Fußball, Basketball, Tischtennis, Kicker, Billard oder Playstation, ebenso auch das gemeinsame Kochen und Essen, „Spaß haben“, im Internet surfen und unsere Gruppenausflüge finden breiten Anklang.

In unmittelbarer Nähe befindet sich das JKC Jugend Kultur-Cafe, ab da beginnt der Übergang zu den Jugendlichen 14 bis 27 Jahren. Wir haben ein sehr großes Außengelände, das in einem innerstädtischen Bereich außergewöhnlich ist, dies schafft Platz für viel Bewegung und Freiraum, es wird laut geredet, gefeiert, getobt, gelacht, gestritten, viele schöne Dinge werden im KiVi von den fachliche gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen angeboten. KiVi ist einfach so und soll auch so bleiben. Es ist schließlich ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche sie selbst sein können – und leise ist das meistens nicht.

Wie geht ihr mit der jetzigen Situation in der Corona-Pandemie um?

Die Benutzung der Mund-Nase Bedeckung ist zwingend erforderlich, dies erschwert die Kommunikation und den Kontakt mit der Zielgruppe, außerdem dürfen sich derzeit nur 10 Besucher und Besucherinnen, inklusive Mitarbeiter in den KiVi-Räumen aufhalten, wir führen tägliche Besucherlisten zur Sicherstellung der besonderen Rückverfolgbarkeit für alle. Demnach sind zumindest Name,



Felix Toker

Foto: J. Abolnikov

Adresse und Telefonnummer der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Fachkräfte bzw. ehrenamtlichen Helfer festzuhalten. Unsere Besucher und Besucherinnen sollen wenn möglich im KiVi die 1,5m Abstandsregelungen einhalten, was oft schwierig ist in den Räumen in denen Angeboten stattfinden, dies beeinträchtigt die pädagogische Arbeit wesentlich. Kinder und Jugendliche sind genervt und wollen lieber den gewohnten Freiraum wieder erleben. Tagesausflüge können wir gerade auch nicht mehr anbieten, es ist nur ein eingeschränktes Angebot möglich, wir versuchen über die Aufklärungsarbeit, wie Elternarbeit und Gesprächsrunden mit den Kindern und Jugendlichen über die derzeitige Situation zu informieren, um damit den Ängsten und Verunsicherungen allgemein entgegenzuwirken.

Was sind momentan die größten Probleme der Kids in dieser Zeit?

Die große Einschränkung in der Kommunikation durch die Mund-

Nase Bedeckung, kein Kochen mehr, die gewohnte KiVi-Struktur ist eingeschränkt, das erzeugt Unsicherheit und Ängste.

Keine Ausflüge wie gewohnt, eingeschränkte Angebote nerven unsere Kids, eine allgemeine Unzufriedenheit unter ihnen ist nochmal angestiegen. Kinder drücken ihren Unmut im destruktiven Verhalten aus, leider haben wir wieder mehr Konflikte unter ihnen, auch schon bei Kleinigkeiten, im Gesamten ist die Lage bedrückend, viele Kinder fragen wie lange wird es noch so eingeschränkt bleiben, wir begegnen dem mit Aufklärung und gezielten Deeskalationsgesprächen.

Welche Pläne habt ihr für die Zukunft?

Weitere Turniere: Erkennen von eigenen Bedürfnissen, Befähigung zum eigenständigen Denken beim Durchführen von Turnieren, Teamarbeit.

Gemeinsam Aktionen mit dem JKC, Sprühen von Wänden, Breakdance Projekt nach Corona, weitere Bewegungsangebote, wie z. B. Tanzen, Spielangebote und Turniere, bei denen das Aufzeigen von Alternativen zur Gewalt im Vordergrund steht, ein anti-aggressives Miteinander und die Fair-Play Spielweise gefördert wird.

Ein Mädchentag bietet den Mädchen die Gelegenheit, sich in einer angenehmen Atmosphäre, ohne Jungen, im KiVi aufzuhalten. Dabei können sie die Ressourcen des Jugendtreffs erkennen und für sich wahrnehmen und nutzen. Gezielte Angebote fördern die Beziehungsarbeit und bauen so Vertrauen auf.

Die Mädchen erfahren Sicherheit im Jugendtreff, die sich auch auf den offenen Bereich ausweitet.

Ein Jungentag: Der Jungentag wird durch gezielte Angebote, welche die Besucher selbst vorschlagen können, gestaltet. Die Jungen lernen, sich für ihre Interessen einzusetzen und ihre Bedürfnisse einzufordern. Die Angebotsstruktur unterscheidet sich gezielt von der des offenen Bereichs, um den Jungen zu verdeutlichen, dass auch sie einen „geschützten Rahmen“ haben, in dem sie sich ohne Mädchen im KiVi aufhalten können. Ab Januar soll ein Angebot Förderung der Lesekompetenz für arabisch sprechende Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren im KiVi-Leseclub sonntags stattfinden. Hierzu haben wir eine arabischsprachige Kollegin gefunden, die gezielt das Gruppenangebot auf die Bedürfnisse der Kinder abstimmt und ausgestaltet. Hierzu planen wir eine Kooperation mit der Palästinensischen Gemeinde, die Teil des VMDO e.V. ist.

Nach Corona ist eine Jugenddisco geplant, die wir einmal im Monat in Kooperation mit dem CVJM veranstalten, unsere Jugendliche können dann gemeinsam mit ihren Bekannten und Freunden zu angesagter Musik, die im Wechsel unsere DJs HG und Peter vom VMDO e.V. auflegen werden, hier tanzen wir und können echtes „Disco-Feeling“ genießen. Termine werden dann zeitnah im Echo der Vielfalt bekanntgeben, Songwünsche können vorab im Haus der Vielfalt abgegeben werden, ohne Gewähr.

Welche Zielsetzung und pädago-

gische Aufträge verfolgt der KiVi für das Quartier?

Wir wollen weiterhin jugendspezifische Freizeitangebote, Dienstleistungen und Hilfestellungen entwickeln und für junge Menschen bedarfsorientiert bereitstellen.

Der offene Bereich Kinder der Vielfalt "KIVI" ist ein koedukatives Angebot und wird nach geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten reflektiert. Er bietet für die Jugendlichen ein Lern- und Handlungsfeld zum Kennenlernen alternativer Lebenskonzepte und Handlungsstrategien. Verwahrlosungstendenzen und gewaltdominierten Verhaltensweisen wird entgegengewirkt. Die Angebote des offenen Bereiches zeichnen sich durch Niederschwelligkeit aus und erfordern kaum Verbindlichkeiten von Jugendlichen. Angebote werden insbesondere auf die Interessenslage der 6 bis 14 jährigen Jugendlichen eingerichtet. Unsere gut qualifizierten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kennen die benachteiligten Bedingungen des Aufwachsens von unseren Besuchern und Besucherinnen aus dem Stadtteil und wir begegnen passgenau.

Bedarfe, Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Jugendlichen im Quartier werden systematisch erfasst und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen angegangen. Wir kennen die Jugendhilfeeinrichtungen im Sozialraum und kooperieren mit ihnen. Ziel ist die gemeinsame und nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der KiVi Kinder und Jugendlichen.

mondo mio!

Terminhinweise Dezember 2020/Januar 2021

SONDERAUSSTELLUNG

So. 16. Januar bis So. 18. April 2021
Auf kleiner Flamme
Eine Ausstellung im Dunkeln
Mit freundlicher Unterstützung vom Hilfswerk Misereor

Die Foto-Ausstellung „Auf kleiner Flamme“ macht die Erfahrung von Energiearmut auf einleuchtende Weise nachvollziehbar: Sie findet im Dunkeln statt.

Mit Taschenlampen erkunden Besucher des mondo mio! Kindermuseums, welche Bedeutung das Licht im Leben der Menschen hat. Die Fotografien von Eduardo Soteras Jalil zeigen den Alltag von Menschen, für die Holzkohle die wichtigste Energiequelle ist; sie veranschaulichen die Bedeutung einer Solaranlage in einer Geburtsstation und erzählen davon, wie eine Wasserturbine das Leben in einer Kleinstadt verändert hat. Die Sonderausstellung „Auf kleiner Flamme“ Misereor wird ermöglicht durch die Unterstützung des Dortmunder Zahnärzte e.V.

DER BESONDERE TIPP im Januar

Nijambo neu erleben! Mit dem eigenen Handy und dem neuen digitalen Nijambo-Parcours Kinder aus verschiedenen Ländern und ihren Alltag kennenlernen – eine Challenge mit Tempo gegen die Zeit oder gegen deine Team-

kollegen.

DAUERAUSSTELLUNGEN 2020

Nijambo - Energie für die Zukunft

Die Ausstellung „Nijambo - Energie für die Zukunft“ zeigt anhand von Dingen, die aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken sind, wie unser Alltag mit dem Leben von Menschen in anderen Ländern verbunden ist. Im Mittelpunkt stehen dabei Kinder aus Ländern wie Brasilien, Indien oder Südafrika und ihre Geschichten.

Weltenkinder

Wir hoffen, die **WELTENKINDER** für unsere jüngsten Besucher bald wieder öffnen zu können. Wegen der Corona-Maßnahmen muss dieser Bereich derzeit leider noch geschlossen bleiben.



Weltenkinder ist ein Ausstellungsbereich für Familien mit Kindern von drei bis sechs Jahren. Hier dreht sich alles um Heimat, Familie und Geborgenheit. Rund um die Frage: "Was brauche ich, um mich zuhause zu fühlen?" können kleine und große Besucher zusammen auf die Reise gehen und Gemeinsamkeiten zwischen Menschen verschiedener Kulturen entdecken.

mondo mio! - Kindermuseum im Westfalenpark

Florianstr. 2
44139 Dortmund
Tel.: 0231 – 50 261 27
E-Mail: info@mondomio.de
www.mondomio.de

Das KiVi im Haus der Vielfalt in Zeiten von Corona

Der Lockdown war eine sehr schwierige Zeit, einige Wochen kamen keine Kinder ins KiVi. Das Team nutzte die Zeit für Renovierungsarbeiten und den Aufbau eines Internet-Cafés mit 4 Plätzen sowie für Schulungen und Weiterbildungen für die Mitarbeiter*innen zu Themen wie Daten- und Kinderschutz. Außerdem wurden weitere Bewegungsangebote erarbeitet und das Gartenprojekt mit einem Kräutergarten aufgebaut. Zusätzlich bemühte sich das KIVI-Team um die Aufklärung in Bezug auf Corona durch Hausbesuche der Mitarbeiter*innen - es bestand sehr viel Angst unter den Besucher*innen und Kolleg*innen. Nach der Lockerung der Corona-Vorgaben wurde das KiVi langsam wieder geöffnet. Nun mit 10 Besucher*innen am Tag und Hygieneschutzmaßnahmen. Das Team war froh, viele Kinder wieder zu sehen. Da viele der jugendlichen Besucher*innen nicht mehr gekommen waren, versuchte das KiVi diese mit neuen Aktionen (2 x Sommer Ferien Spiele) wieder zurückzugewinnen.

Drachen fliegen und Freude mit/ trotz Masken

Die Aktion „Alle Drachen können fliegen“ war ein voller Erfolg. Alle hatten sehr viel Spaß zu basteln, singen und zu klatschen. Manche Kinder wussten nicht was ein Drache ist und haben sich sehr über den schönen Ausflug gefreut. Dazu konnten auch noch Corona-Masken gebastelt werden. Das Masken nähen hat auch allen viel Freude bereitet – so



Foto: J. Abolnikov

sehr, dass weiter mit den Kindern zusammen genäht werden wird, solange noch Bedarf ist.

Ausblick 2021

Gemeinsam mit zwei ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen (Rudi und Claudia) hat das KiVi im August einen Lese-Club eröffnet. Des Weiteren soll demnächst eine arabisch sprechende Kollegin 1 x die Woche ein Angebot für Kinder durchführen. Zusätzlich gibt es die Idee für ein spezielles Lesekompetenz-Angebot für arabisch sprechende Kinder im Alter von 8-12 Jahren. Im offenen Treff KiVi „Kinder der Vielfalt“ soll ab Januar 2021 die Lesekompetenz der Zielgruppe in der deutschen Sprache erhöhen werden, das sprachliche Verständnis erweitert und somit die Demokratisierung und Integration in die Gesellschaft gefördert werden, sowie die politische Bildung und den Zugang zu Ressourcen ermöglicht werden.

Das KIVI freut uns hierbei besonders auf eine gute Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung offener Jugendarbeit in Dortmund (AGOT) e.V..

Im Dezember 2020 wird es dann nochmal bunt und kreativ im KiVi. Es sollen mit den Kindern Skizzen angefertigt werden und diese dann in einem Graffiti- oder Acrylworkshop mit Hilfe einer Künstler*in umgesetzt werden.

In Zukunft möchte das KIVI die Zusammenarbeit mit dem JKC (dem Jugend- und Kultur-Cafe an der Rheinischen Straße) vertiefen. Konkret geht es um das Vorhaben, ein gemeinsames Breakdance-Angebot anbieten zu können. Grundsätzlich möchte man sich um einen guten und kooperativen Übergang von Jugendlichen vom KiVi zum JKC bemühen.

Das KIVI wünscht sich ein gesundes Jahr 2021 – ohne Einschränkungen und wieder mehr gemeinsamen Spaß und Freude. KIVI